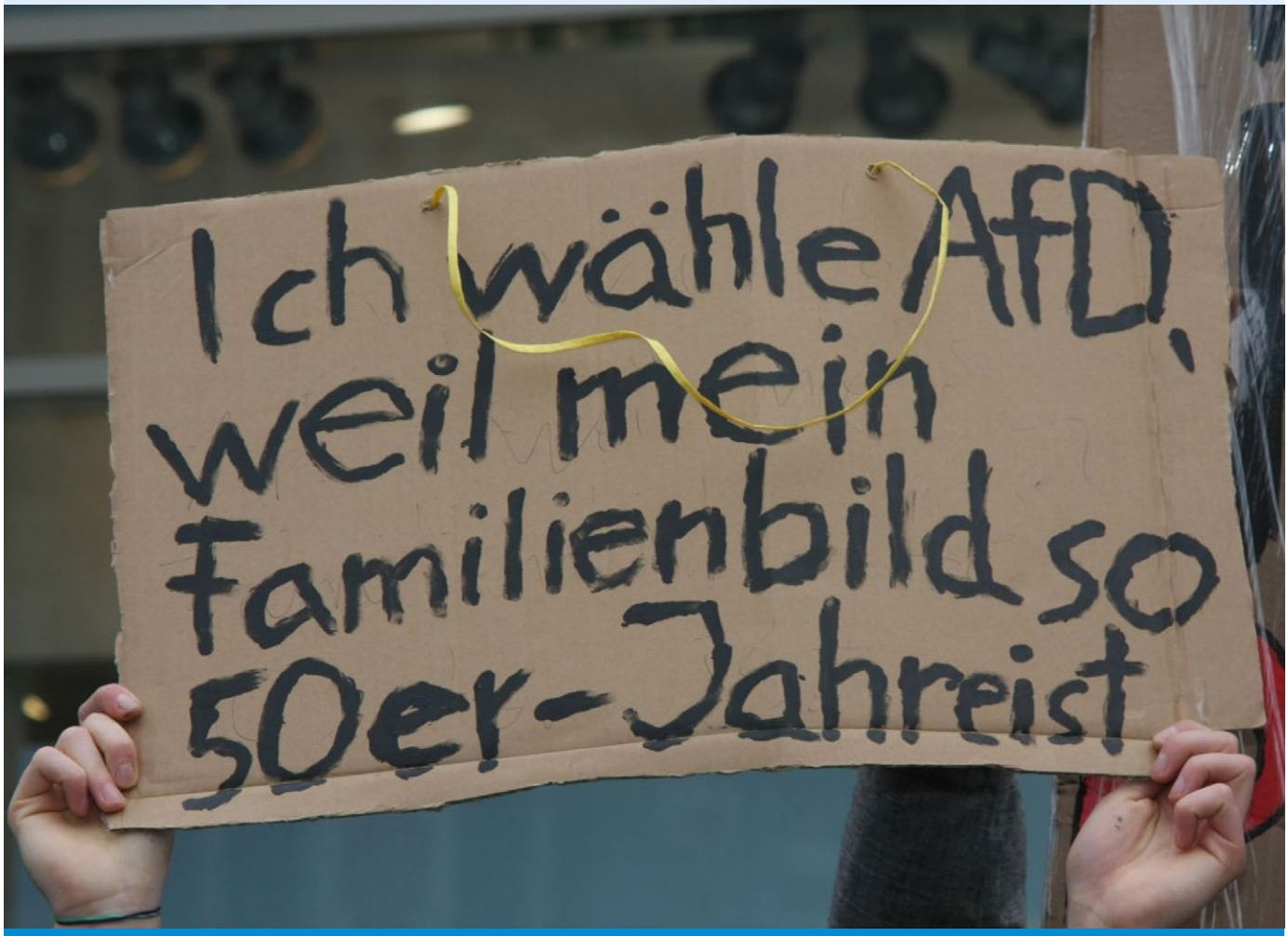
DGB Bayern

Keine Alternative für Beschäftigte



AfD-Positionen unter der Lupe

Impressum

Herausgeber:
DGB-Bezirk Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München
Homepage: www.bayern.dgb.de
Facebook: www.facebook.de/DGBBayern

Auf Grundlage der Broschüre „Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe"
des DGB-Bildungswerks Thüringen e. V., des IG Metall Bezirks Mitte und von ver.di Thüringen

Verantwortlich:
Matthias Jena, Vorsitzender DGB Bayern

Autoren:
Robert Andreasch, Stefan Dietl, Benjamin Heinrichs, Frank Lipschik

Redaktion:
Herbert Hartinger, Carlo Kroiß

Bildnachweis:
Robert Andreasch (Seiten 15, 33, 35, 36, 37, 39), Sachelle Babbar/dpa (Seite 22), Kai Budler
(Titel, Seiten 5, 18, 24, 34), Katherina Hess/SZ-Photo (Seite 29), Daniel Karmann/dpa (Seite 9),
Stephan Rumpf/ST-Photo (Seite 40), Timm Schamberger/dpa (Seite 31)

Layout: Fa-Ro Marketing

Druck: Weber Offset

München, Juni 2018

Inhalt

Warum diese Broschüre? 4

Zwischen Provokation und Grenzverschiebung des Sagbaren:
Die Medien- und Kommunikationsstrategie der AfD 5

Positionen der AfD 9
- Staat und Steuern: Mehr Wettbewerb und Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen 9
- Arbeit, Rente, Arbeitsmarktpolitik: Mehr arbeiten, weniger Sicherheit 14
- Bildungspolitik: Uneingeschränktes Leistungsprinzip 18
- AidA, AVA und ALARM: Gewerkschaftsfeindliche Arbeitnehmerorganisationen in der AfD 20
- Europapolitik: Europafeindlichkeit zu Lasten der Beschäftigten 22
- Familienpolitik: Programm der Ausgrenzung und Diskriminierung 24
- Gleichstellungspolitik: Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt 27

Die AfD und die „soziale Bewegung von Rechts“ in Bayern 29

Gewerkschaften und AfD – Positionen auf einen Blick 43

Warum diese Broschüre?

„In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen!" Unter diesem Motto fand vom 27. bis 29. März 1947 in einer Großküche in der Rosenheimer Straße in München der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes (BGB) statt. Es war ein Neubeginn nach langen Jahren der Unterdrückung und des Terrors. Im NS-Staat, wo Antisemitismus und Rassismus bis hin zum beispiellosen Völkermord offizielle Staatspolitik geworden waren, war für freie und der Demokratie verpflichtete Gewerkschaften kein Platz. Stattdessen gehörten die Gewerkschaften und alle, die sie repräsentierten, zu den ersten Opfern des Terrors.

In den letzten 70 Jahren sahen wir es daher als unsere Pflicht, rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften entschieden entgegenzutreten und Antisemitismus sowie Fremdenhass zu bekämpfen. Das Erstarken des Rechtspopulismus in vielen Ländern Europas zeigt uns, wie wichtig und aktuell dieser Kampf auch heute immer noch ist. Aber klar ist auch: Dieser Kampf ist eine große Herausforderung.

Denn Gewerkschaften und ihre engagierten Mitglieder sind zu einem beliebten Angriffsziel rechtspopulistischer Organisationen und Parteien geworden. Diffamierungen, wie etwa von der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch, die ver.di als „offizielle Verbrecherorganisation" bezeichnet, sind beileibe keine Seltenheit. Das liegt nicht nur an der rassistischen, sexistischen und homophoben Haltung solcher Gruppierungen, die in totalem Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Positionen stehen. Auch bei gewerkschaftlichen Kernkompetenzen, wie etwa der Sozialpolitik, gibt es keinen gemeinsamen Nenner.

Allen voran ist hier die AfD zu nennen – eine gewerkschaftsfeindliche Partei, die sich zur Vertreterin des „kleinen Mannes" aufschwingt, obwohl sie höchst unsoziale Positionen vertritt. Während sich die Gewerkschaften vehement für die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns einsetzten, war die AfD strikt dagegen und betitelte den Mindestlohn als „Jobkiller-Gesetz". Sozial ist anders. Da ist es nicht weiter verwunderlich, dass AfD-nahe Organisationen wie „Ein Prozent" oder die „alternative Arbeitnehmerbewegung" Zentrum Automobil mit ihrem Versuch, bei den diesjährigen Betriebsratswahlen möglichst viele Mandate abzugreifen, krachend gescheitert sind.

Nichtsdestotrotz – und davor dürfen wir die Augen nicht verschließen – erfährt die AfD breite Unterstützung aus allen Teilen der Gesellschaft, wenn auch bei vielen aus Protest. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass diese Partei demnächst auch in Bayern in den Landtag einziehen wird. Deshalb müssen wir uns, müssen sich die Beschäftigten in den Betrieben inhaltlich rüsten. Wir müssen die AfD entlarven und deutlich machen, wofür diese Partei wirklich steht.

Mit dieser Broschüre für gewerkschaftlich Aktive wollen wir Aufklärungsarbeit leisten und aufzeigen,

- warum die Positionen der AfD, die aus einer Mischung aus neoliberaler Wirtschaftspolitik und völkischer Interessenpolitik bestehen, nicht mit gewerkschaftlichen Positionen vereinbar sind und
- welche fatalen Folgen eine Umsetzung der Forderungen von Rechts für unsere Gesellschaft hätte.

Wir hoffen, damit jene Kolleginnen und Kollegen argumentativ zu unterstützen, die gemeinsam mit uns der versuchten gesellschaftlichen und betrieblichen Spaltung durch die AfD etwas entgegensetzen möchten.

An dieser Stelle geht unser ausdrücklicher Dank an das DGB-Bildungswerk Thüringen e. V., den IG Metall Bezirk Mitte und ver.di Thüringen, die diese Broschüre bereits im Frühjahr dieses Jahres erarbeitet und veröffentlicht und uns sowohl ihr Text- als auch Bildmaterial zur Verfügung gestellt haben.

München, Juni 2018

Matthias Jena
Vorsitzender DGB Bayern

Zwischen Provokation und Grenzverschiebung des Sagbaren: Die Medien- und Kommunikationsstrategie der AfD

Von Frank Lipschik und Benjamin Heinrichs

Ungebetene Gäste: AfD-PolitikerInnen mischen sich bei einer Demonstration der Siemens-Beschäftigten in Erfurt medienwirksam unter die Demonstranten.

Der Vorsitzende der Thüringer AfD-Landtagsfraktion, Björn Höcke, bilanzierte in einem Vortrag im November 2017 die Entwicklung der völkischen Bewegung in den letzten Jahren. Er stellte fest, der eigene Erfolg sei „nicht zuletzt dem Faktor zu verdanken, der nicht einmal politischer, sondern technologischer Natur ist, ich spreche vom Internet", und direkt ans Publikum gewandt:

„Wir wissen, ohne die seit über 20 Jahren andauernde Internetaufklärung säßen wir hier heute nicht zusammen." Zu ähnlichen Befunden kommt die Süddeutsche Zeitung. Sie hält am 2. Mai 2017 fest: „Ohne Facebook wäre der Aufstieg der AfD so nicht möglich gewesen." Doch was ist das Besondere an der Kommunikationsstrategie der AfD in den sozialen Netzwerken?

Die Zahlen

Die AfD hat seit ihrer Gründung im Jahr 2013 konsequent auf soziale Medien zur Verbreitung ihrer Positionen gesetzt. Bereits die Vorgängerorganisation, die Wahlalternative 2013, startete im Netz. Dies hatte den Vorteil, mit einer geringen Personenzahl und wenigen finanziellen Mitteln eine gewisse Reichweite zu erzielen. Der Strategie, für die Verbreitung der eigenen Botschaften voll aufs Internet zu setzen, ist die AfD bis heute treu geblieben.

Auch wenn Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind, weist die AfD unter allen im Bundestag vertretenen Parteien die meisten virtuellen Unterstützerinnen und Unterstützer auf: Mit rund 380.000 „Gefällt mir"-Angaben hat die offizielle Facebook-Seite der AfD mehr als doppelt so viele „Likes" wie die SPD oder die CDU, die Facebook-Seite der bayerischen AfD wird immerhin rund 53.000 Mal „gemocht". Glaubt man der Trendstudie „digital campaigning" zur Bundestagswahl 2017, so erreichte die AfD in der Wahlkampfphase mit ca. 1,6 Millionen Interaktionen gut 44 Prozent aller Interaktionen mit politischen Parteien im Netz.

Kritik am „Mainstream"

Die Aktivitäten in den sozialen Medien begründet die AfD auch mit einer Kritik an den konventionellen Medien. Sowohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk als auch die Printmedien seien von oben gesteuert, von „Systempresse" oder „Lügenpresse" ist die Rede. Deshalb möchte die AfD dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk am liebsten die Finanzierungsgrundlage entziehen und die GEZ-Gebühren abschaffen.

Die Presse ist in diesen Denkmustern nicht „vierte Gewalt" im Staat, sondern Mittel der Herrschenden zur systematischen Verleumdung. Themen würden bewusst unterdrückt, es gebe eine „linke Gesinnungsdiktatur", so der Vorwurf. Dabei fährt die AfD im Umgang mit der Presse eine Doppelstrategie:

Auf der einen Seite stilisiert sie sich als Opfer, das von den Medien tot-geschwiegen oder verzerrt dargestellt wird. Auf der anderen Seite nutzt sie jede Gelegenheit, in Talkshows ihre Themen provokant zu setzen – und das mit großem Erfolg: Eine Analyse von 204 Sendungen der fünf relevantesten politischen Talkshows von ARD und ZDF im Zeitraum Oktober 2015 bis Anfang März 2017 ergab, dass über den Themenkomplex Flüchtlinge, Islam, Terror/ IS, Populismus/Extremismus insgesamt über 90 Mal geredet wurde. Zum Vergleich: Über Armut und Ungleichheit wurde im gleichen Zeitraum nur sechs Mal debattiert.

Themen wie NSU, Rassismus und rechte Gewalt wurden jeweils nur in einer Sendung behandelt, der Klimawandel kam überhaupt nicht vor. Wenn sich Vertreterinnen und Vertreter der AfD da noch beschweren, mit ihren Themen nicht gehört zu werden, leiden sie entweder unter massivem Realitätsverlust oder schüren absichtlich Vorbehalte gegen Medienschaffende.

Auch der eigene Umgang mit der Presse ist doppelzüngig: Abstrakt verteidigt die AfD die Presse- und Redefreiheit gegen ein angebliches Meinungsdiktat, bei eigenen öffentlichen Veranstaltungen entscheidet sie jedoch sehr willkürlich, welche Journalistinnen und Journalisten Zugang erhalten und welche ausgeschlossen werden.

AfD nutzt Massenmedien aus

Ungeachtet der Kritik der AfD an den Medien nutzt die AfD mit ihrer Kommunikationsstrategie des Rechtspopulismus bestimmte Mechanismen der Massenmedien: Personalisierung, Emotionalisierung, Dramatisierung und eine Tendenz zu Eskalation und kalkuliertem Skandal sind beiden eigen. Dafür eignen sich soziale Medien besonders gut. Hier geht es oft genug nicht um den Austausch von Argumenten oder Fakten, sondern um die Verstärkung von Gefühlen wie Wut oder Angst.

Zudem waren wichtige Personen der AfD früher selbst für genau jene Medien tätig, die sie heute kritisieren: AfD-Mitgründer Konrad Adam war 21 Jahre lang Feuilletonredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und danach über sechs Jahre lang Chefkorrespondent der vom Springer-Verlag herausgegebenen Tageszeitung Die Welt. AfD-Bundessprecher Alexander Gauland war 14 Jahre lang Herausgeber der Märkischen Zeitung. Der Pressesprecher der AfD im Sächsischen Landtag, Andreas Harlaß, war 20 Jahre lang Redakteur bei der Bild-Zeitung in Dresden, zuvor arbeitete er als Redakteur bei der sächsischen Morgenpost und beim Privatradio PSR.

Politik der provokanten Nadelstiche

In dem internen AfD-Papier „Manifest 2017" offenbart die AfD ganz unverblümt ihre Kommunikationsstrategie: „Die AfD muss – selbstverständlich im Rahmen und unter Betonung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes – ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein, zu klaren Worten greifen und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken." Ziel sei es, die politischen Gegner zu provozieren („Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren, desto besser.") und die Grenze des Sagbaren zu verschieben. So formulierte es auch der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke gegenüber dem FAZ-Journalisten Justus Bender auf einem Bundesparteitag. Der Journalist Peter Weissenburger reagierte auf die täglichen Medienberichte: „Und täglich vergreift sich die AfD im Ton. Vergreift sich? Oder greift bewusst daneben?"

Zur konkreten Umsetzung dieser Strategie setzt die AfD überwiegend auf so genannte Sharepics: Bilder, die in sozialen Netzwerken leicht geteilt werden können und die neben einem thematischen, oft provozierenden Bild einen provokanten, reißerischen Spruch in Form eines Zitates oder einer Behauptung beinhalten. Die Grundlage bilden hier nicht selten aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen oder Informationen aus parlamentarischen Anfragen. Gerne nutzen vor allem Abgeordnete oder bekannte Parteimitglieder diese Art von Sharepics oder einfache Kommentare für provokante Aussagen.

Diese werden dann von politisch Andersdenkenden oder Medienschaffenden aufgegriffen und kritisiert. Damit ist die Provokation gelungen und die überregionale Berichterstattung gesichert. Sollte die Kritik zu heftig werden, rudert die AfD halbherzig zurück.

In dieser Hinsicht fällt besonders die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch immer wieder negativ auf. So vermutete sie nach der Amokfahrt von Münster im April 2018 sofort islamischen Terror und gab via Twitter dementsprechende Parolen von sich („Ein Nachahmer islamischen Terrors schlägt zu."). Später ruderte von Storch halbherzig zurück. Zwar sprach sie von einem „Fehler" und einem „falschen Verdacht zur Unzeit", diesen rechtfertigte sie anschließend jedoch äußerst ausgiebig. In eine ähnliche Richtung ging ein Facebook-Post von Storchs im Januar 2016, in dem sie Waffengewalt gegen Frauen und Kinder im Falle illegaler Grenzüberschreitung zustimmte. Dies relativierte sie u.a. im Magazin „Der Spiegel" mit der Ausrede, sie sei auf ihrer Maus „abgerutscht", was in den sozialen Medien unter dem Hashtag „#Mausgerutscht" für Hohn und Spott sorgte. Ähnlich hohe Wellen schlug Alexander Gaulands Beleidigung des deutschen Fußballnationalspielers Jérôme Boateng. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) äußerte sich der damalige AfD-Vizechef im Mai 2016 wie folgt „Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben." Hinterher behauptete Gauland, er sei falsch zitiert worden, und in der politischen Talkshow „Anne Will" beteuerte er, von der Hautfarbe des Nationalspielers Boateng nichts gewusst zu haben.

Gefangen in der Echokammer

Spätestens seit dem US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 ist klar, welche Bedeutung soziale Medien für die politische Meinungsbildung haben. Entgegen der Annahme, dass durch das Internet eine umfassende und plurale Meinungsbildung möglich sei, zeigen Untersuchungen, dass sich politische Einstellungen durch die Informationen aus sozialen Netzen eher verstärken und Perspektiven verengen.

Im Netz wird das geteilt, was ins eigene Weltbild passt. Expertinnen und Experten sprechen vom so genannten Echokammer-Effekt. Die von Facebook & Co. auf persönliche Vorlieben zugeschnittenen Nachrichten verstärken dies. In einer großangelegten Datenrecherche konnte die Süddeutsche Zeitung belegen, dass die geteilten und konsumierten Inhalte des AfD-Umfelds sehr viel beschränkter als bei anderen Parteien sind: „Die AfD-Sphäre ist thematisch umgrenzt und inhaltlich abgeriegelt. Bei AfD-nahen Nutzern steuerten starke Einstellungen das Auswahlverhalten bei der Informationssuche", so die Autorinnen und Autoren.

Diese thematische und perspektivische Einschränkung nimmt die AfD jedoch nicht nur hin, sie scheint sie auch systematisch zu befördern, indem sie die Leserinnen und Leser ihrer Seiten regelrecht von den Meinungen Andersdenkender abschirmt. Eine Datenanalyse der Twitter-Aktivitäten der AfD zeigt auf, wie die Reichweite von Stellungnahmen von offiziellen AfD-Accounts durch das Weiterleiten durch nicht offizielle Unterstützeraccounts verstärkt wird.

Dabei bleibt bewusst unklar, wer dahinter steckt. Nutzerinnen und Nutzer, die abweichende Kommentare äußern, werden rasch gesperrt. So „schützt" man die eigenen Leserinnen und Leser vor der Auseinandersetzung mit anderen Positionen. Der Tagesspiegel bezeichnet dies als eine „undurchsichtige, aber effektive Social-Media-Strategie der AfD". Der Medienwissenschaftler Bernd Gäbler stellt zusammenfassend fest, dass es das Ziel der AfD sei, eine eigene Zielgruppe zu festigen und diese durch eigene, ungefilterte Medien zu bearbeiten. Twitter sei eine Art Volksempfänger für die AfD.

Auch hierin liegt für die AfD ein Grund für die Ablehnung der konventionellen Medien, denn viele seriöse Medien versuchen, Behauptungen rechtspopulistischer Seiten zu überprüfen. So haben die Tagesschau und auch einige Printmedien einen Faktencheck eingeführt, mit dem Gerüchte und Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden – oft mit dem Ergebnis, dass sie nicht stimmen.

Positionen der AfD

Von Stefan Dietl

DemonstrantInnen protestieren in Nürnberg gegen eine Wahlkampfveranstaltung der AfD Bayern.

Staat und Steuern:
Mehr Wettbewerb und Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen

Seit Gründung der AfD ist die Steuerpolitik eines ihrer Schwerpunktthemen. Im Mittelpunkt steht, Unternehmen und Besserverdienende steuerlich zu entlasten und im Gegenzug sozialpolitische Aufgaben zurückzufahren.

Deutlich wird dies an einem der Kernpunkte der Partei: der Reform der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Staates und für rund ein Drittel der Staatseinnahmen verantwortlich. 2015 beliefen sich die Einnahmen aus der Einkommensteuer auf 178 Milliarden Euro. Sie lieferten damit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben wie Soziales, Gesundheit oder Bildung. Bislang erfolgt die Besteuerung von Einkommen progressiv: Wer höhere Einkommen hat, wird auch höher belastet. Die Idee dahinter ist einfach: Starke Schultern können eine größere Last tragen als schwache. Derzeit liegt der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent. Bei Einkommen von mehr als 254.446 Euro pro Jahr erhöht sich der Einkommensteuersatz noch einmal auf 45 Prozent.

Bereits in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 forderte die AfD „eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts" und bekannte sich zum ‚Kirchhof'schen Steuermodell'. Diesem Kurs blieb die Partei auch in den 2015 veröffentlichten politischen Leitlinien treu. „Hierzu müssen die zahlreichen Ausnahmetatbestände gestrichen werden, wie es schon das Kirchhof'sche Steuermodell vorsah", heißt es im Text der politischen Leitlinien.

Auch die damalige Parteivorsitzende Frauke Petry machte sich früh für ein neues Stufenmodell der Besteuerung stark: „Unser Konzept ist angelehnt an die Ideen von Paul Kirchhof", bekannte Petry im Interview mit der Thüringischen Landeszeitung am 28. August 2013. Das Steuermodell nach Kirchhof präsentiert sich als Vereinfachung des Steuersystems. Tatsächlich handelt es sich aber um ein Steuersparmodell für Unternehmen und Reiche. Das vom ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof 2003 vorgestellte Modell sieht vor, die progressive Besteuerung von Einkommen abzuschaffen und durch ein Stufenmodell mit 15, 20 und 25 Prozent Besteuerung zu ersetzen.

Niedrige Einkommen zwischen 10.000 und 20.000 Euro sollen dabei mit 15 bis 20 Prozent besteuert werden. Für alle darüber liegenden Einkommen soll ein Spitzensteuersatz von 25 Prozent gelten, auch für Unternehmen und Kapitaleigner – egal, ob es sich um 25.000 Euro oder 500.000 Euro Jahreseinkommen handelt. Dafür soll die Körperschafts- und Gewerbesteuer abgeschafft werden.

Dem Staat drohen damit massive Einnahmeausfälle und deutlich weniger Geld für Infrastruktur oder Sozialausgaben. Noch weiter gehen die Pläne der AfD Bayern. Sie will mit einem Stufenmodell von 12, 16 und 20 Prozent die „Steuerreformpläne von Kirchhof noch übertreffen" und fordert den „Wegfall jeglicher steuernder Elemente beim Steuermodell". Die progressive Einkommensteuer, als zentrales Instrument der Vermögensumverteilung, soll also nach Willen der AfD der Vergangenheit angehören.

Der DGB lehnt einen Stufentarif als sozial ungerecht ab. In den steuerpolitischen Eckpunkten des DGB zur Bundestagswahl 2017 heißt es dazu: „Die Lohn- und Einkommensteuer ist konsequent am Maßstab der Steuergerechtigkeit auszurichten. Die Steuerpflichtigen sollen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Der Einkommensteuertarif ist daher progressiv zu gestalten, so dass höhere Einkommen nicht nur in absoluten Beträgen, sondern auch relativ, prozentual zum Einkommen, höher besteuert werden." Dies ist das Gegenteil von dem, was die AfD fordert.

Einigen AfD-Spitzenpolitikerinnen und -politikern gehen die Forderungen ihrer Partei noch nicht weit genug, sie wollen die direkte steuerliche Entlastung von Unternehmen und Spitzenverdienerinnen und -verdienern. „Der Spitzensteuersatz ist hoch genug", meint etwa die stellvertretende Bundesvorsitzende Beatrix von Storch. Auch dies widerspricht den Vorstellungen der Gewerkschaften.

In den steuerpolitischen Eckpunkten des DGB steht dazu, dass es „im Interesse einer leistungsgerechten Besteuerung einerseits darauf an[kommt], den Spitzensteuersatz zu erhöhen.

Ebenso wichtig ist es andererseits auch, dass ein erhöhter Spitzensteuersatz erst bei einem deutlich höheren Einkommen ansetzt.

Im Grundsatzprogramm der Partei verknüpft die AfD ihre Pläne zur Umstrukturierung der Einkommensteuer mit der Forderung nach Überprüfung der Gewerbesteuer und einem höheren Steuergrundfreibetrag. Das Mittelstandsforum der AfD Bayern möchte die Gewerbesteuer gar ganz abschaffen. Neben der Umlage aus der Einkommensteuer, die sich durch die Steuerpläne der AfD drastisch reduzieren würde, ist die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Abschaffung würde die finanziellen Nöte vieler Städte und Gemeinden weiter erhöhen. Die AfD entzöge damit den Kommunen ihre Finanzmittel. Konsequenz wäre, dass viele Gemeinden und Städte ihre kommunalen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen könnten. Kürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit, bei der Unterstützung von Vereinen und bei Pflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen wären die Folge.

Gleichzeitig mit der finanziellen Austrocknung der Gemeinden und Städte will die Partei auch den Haftungsverbund zwischen Bund, Ländern und Kommunen beseitigen. Bisher konnten überschuldete Städte und Gemeinden auf die Unterstützung von Land und Bund vertrauen. Geht es nach den Vorstellungen der AfD, sollen künftig auch Kommunen und Bundesländer insolvenzfähig werden. Dies hätte sowohl für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch für die betroffene Bevölkerung verheerende Auswirkungen. Ginge eine Kommune pleite, müsste sie sämtliche kommunalen Aufgaben einstellen. Innerhalb kürzester Zeit würden regionale Wirtschaft und öffentliches Leben lahm liegen.

Besitzende großer Vermögen entlasten

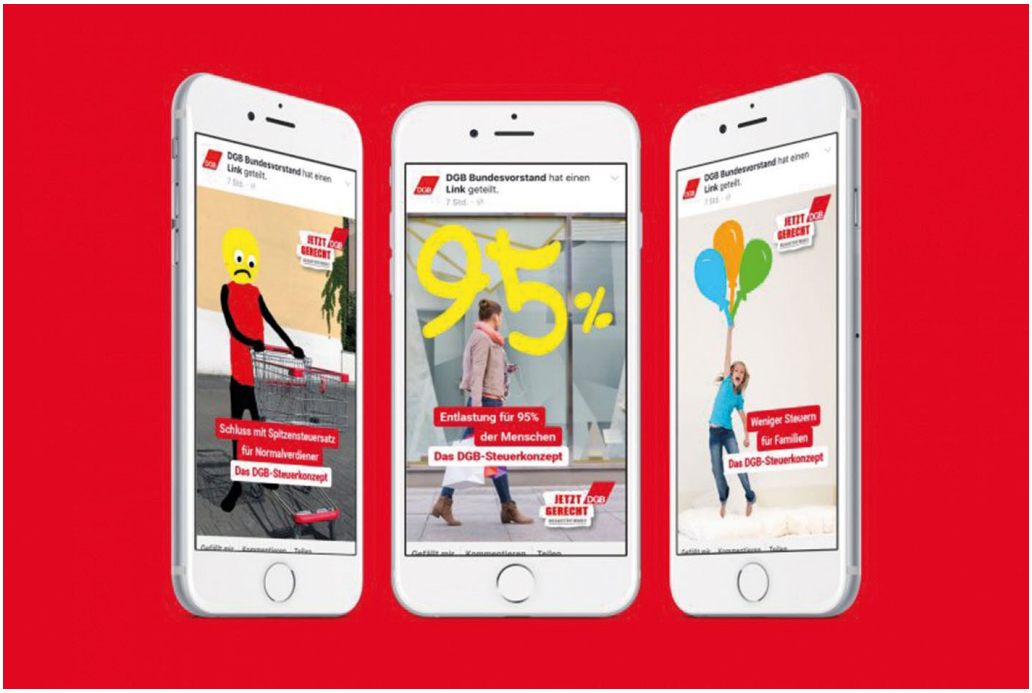
Neben der Abschaffung der progressiven Einkommensteuer gehört die Abschaffung der Vermögen- und der Erbschaftsteuer zu den weiteren Kernelementen der AfD-Steuerpläne.

Auch hier profitieren vor allem Erbinnen und Erben sowie Besitzerinnen und Besitzer großer Vermögen. Die Vermögensteuer ist derzeit ausgesetzt und wird nach einem Beschluss der damaligen Bundesregierung seit 1997 nicht mehr erhoben. Die AfD fordert nun deren gänzliche Abschaffung, während der DGB für eine Wiedererhebung der Vermögensteuer eintritt.

Auch die Erbschaftsteuer ist im Visier der AfD. Von ihrer Abschaffung würden vor allem die Erbinnen und Erben großer Vermögen profitieren, da in Deutschland hohe Freibeträge bei Erbschaften und großzügige Ausnahmeregelungen zum Beispiel für Familienunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe gelten. Im Mittelpunkt der AfD-Agitation steht die vermeintliche „Leistungsfeindlichkeit" der Erbschaftsteuer. So meint der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen: „Die Erbschaftsteuer ist nicht nur in der heutigen Ausgestaltung verfassungswidrig. Sie ist in egal welcher Ausgestaltung leistungsfeindlich, weil sie bereits versteuerte Einkommenserzielung erneut belastet." Für die bayerische AfD ist die Erbschaftsteuer gleichbedeutend mit der „Enteignung von Firmeninhabern".

Auch in das Grundsatzprogramm der AfD hat die Forderung nach der Abschaffung der Erbschaftsteuer Eingang gefunden. Dort heißt es: „[D]er Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung ist überproportional hoch als auch ihr Ertrag für die Staatseinnahmen nur marginal."

Der DGB will hingegen eine verfassungskonforme Trendwende bei der Erbschaftsteuer. In seinen steuerpolitischen Eckpunkten zur Bundestagswahl 2017 hält er fest: „Um die Lasten gerecht zu verteilen, sollten die bisherigen Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften beseitigt und mit den erzielten Mehreinnahmen gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben finanziert werden." Tatsächlich sind allein im Jahr 2014 der Staatskasse durch die Erhebung der Erbschaftsteuer 5,5 Milliarden Euro zugeflossen.



Im Gegensatz zur AfD fordert der DGB steuerpolitisch vor allem eine Entlastung unterer Einkommen.

Steuerpolitischer Klientelkurs zu Lasten der Allgemeinheit

Zum steuerpolitischen Klientelkurs der AfD passt die Forderung nach der „Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses". Laut der Partei hätte die Bundesregierung „das Steuer- wie auch das Bankgeheimnis faktisch aufgehoben". Dabei spielt sie auf Abkommen zum Austausch von Steuerdaten mit anderen Staaten an, durch das Steuerhinterziehende leichter dingfest gemacht werden können. Das Mittelstandsforum der AfD Bayern fordert zudem, die Steuererklärungs-, Bilanzierungs- und Publizitätspflichten für Unternehmen zu schleifen. So sollen rund 72 Prozent der rund 7,9 Millionen registrierten Unternehmen von der Bilanzierungspflicht im Handels- und Steuerrecht befreit werden. Würden die Vorschläge der AfD Realität, würde das die Ermittlungen gegen Steuersünderinnen und -sünder erheblich erschweren.

Weiterhin fordert die AfD eine Steuer- und Ausgabenbremse im Grundgesetz und eine Obergrenze für alle Steuern und Sozialabgaben. Dass ihre Politik der Steuergeschenke für Unternehmen und Vermögende dazu führt, dass der Staat seinen Aufgaben nicht mehr im bisherigen Maß nachkommen kann, ist der Partei bewusst: „Wir wollen die staatliche Macht über den Bürger begrenzen. Dazu ist es erforderlich, die Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren", heißt es im Grundsatzprogramm der AfD. Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron spricht gar von einem „staatliche[n] Raubzug aufs Portemonnaie der Bürger" und fordert eine deutliche Senkung der Staatsausgaben.

Finanzieren will die AfD die Steuererleichterungen für Reiche durch die Einschränkung der staatlichen Aufgaben. „Der viel zu mächtige, viel zu fette Staat hat viel zu viele Steuereinnahmen, aber auch zu viele Ausgaben", meint etwa der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer. Dabei folgt die Partei der neoliberalen Logik einer umfassenden Privatisierung staatlicher Infrastruktur und der Zerschlagung gesetzlicher Sicherungssysteme. Ziel ist der Rückzug des Staates auf allen Ebenen. So liest sich das verabschiedete wirtschaftspolitische Programm teilweise wie ein Wunschzettel von Arbeitgeberverbänden. Bereits in der Einleitung des ersten Kapitels des Grundsatzprogramms, das mit „Demokratie und Grundwerte" überschrieben ist, beklagt die Partei, dass „der öffentliche Sektor über sachgerechte Grenzen hinausgewuchert" sei. Im weiteren Verlauf heißt es: „Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein." Die „ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben [ist an] finanzielle und faktische Grenzen" gestoßen.

Die Aufgaben des Staates will die AfD „auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung" beschränken. Wie dies konkret auszusehen hat, wird im wirtschaftspolitischen Kapitel beschrieben: Statt einer „staatlichen Planwirtschaft", die sie derzeit am Werke sieht, soll der Staat „Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung" garantieren. „Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle."

Der verbliebene Minimalstaat soll auf die Aufgabe der Bereitstellung kostenloser Infrastruktur für Unternehmen und auf die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit reduziert werden.

Ansonsten hat er nach Einschätzung der AfD dem Markt freien Lauf zu lassen und darf nicht in die Wirtschafts- oder Sozialbeziehungen eingreifen. Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Wohnungsbau- oder Sozialpolitik sind für die AfD keine relevanten staatlichen Aufgaben. So wettert die bayerische AfD gegen die „sozialistische Umverteilung im Gesundheitssystem" und der bayerische AfD-Vorsitzende Martin Sichert hält eine Verschärfung der Mietpreisbremse und die Förderung staatlichen sozialen Wohnungsbaus für „feuchte sozialistische Träume", die dazu führen, dass die Investitionen in den privaten Wohnungsbau zurückgehen.

Statt auf staatliche soziale Sicherungssysteme setzt die Partei auf einen umfassenden Privatisierungskurs: „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle“, heißt es im Grundsatzprogramm. Daher will sie prüfen, „inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können“.

Fazit

Die AfD steht für eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Die Steuererleichterung für Unternehmen und Vermögende soll durch Einschränkungen staatlicher Maßnahmen finanziert werden.

Während von der Entlastung bei der Einkommen-, Gewerbe-, Erbschaft- und Vermögensteuer vor allem die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen und Vermögende profitieren, sollen die lohnabhängig Beschäftigten durch die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Rückbau der sozialen Sicherungssysteme die Zeche dafür bezahlen.

Arbeit, Rente, Arbeitsmarktpolitik: Mehr arbeiten, weniger Sicherheit

In der Renten- und Arbeitsmarktpolitik verfolgt die AfD den Kurs einer radikalen neoliberalen Umstrukturierung und Deregulierung – auf Kosten der Arbeitnehmer. So ist die Rente mit 63 für die bayerische AfD „ein Beispiel, wie für die Umsetzung sozialistischer Träumereien die Chancen der Jugend geopfert würden".

In ihrem Grundsatzprogramm fordert die AfD eine Kopplung der Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung, mithin eine deutliche Erhöhung des Renteneintrittsalters. Besonders betroffen von der strikten Kopplung von Lebensarbeitszeit und Lebenserwartung wären prekär Beschäftigte mit geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen. Ihre Lebenserwartung liegt unter dem Durchschnitt. Mit der Forderung nach einer Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung liegt die AfD auf Linie der Arbeitgeberverbände, die bereits seit Jahren für eine solche Verknüpfung werben.

„Wenn Menschen eines Tages 100 werden, würde sich rein theoretisch ein Renteneintrittsalter von 85 Jahren ergeben", so Ulrich Grillo, Vize-Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie.

Betrachtet man die Aussagen zahlreicher Spitzenfunktionärinnen und -funktionäre der AfD zur Rentenpolitik, zeigt sich, dass vielen die im Grundsatzprogramm verankerten Pläne nicht weit genug gehen. Der Parteivorsitzende Jörg Meuthen fordert einen „Systemwechsel in der Rentenversicherung". Er plädiert für ein Ende der gesetzlichen Rentenversicherung und fordert stattdessen eine „staatlich erzwungene private Vorsorge". Zumindest die Parteiführung setzt also auf einen wesentlich umfassenderen Abbau der sozialen Sicherungssysteme als bisher im Grundsatzprogramm beschrieben.

„Job-Killer" Mindestlohn

Wie in vielen anderen Politikfeldern hat die AfD auch in der Arbeitsmarktpolitik keine Antworten auf die aktuell drängenden Fragen. Sämtliche ihrer arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen bleiben vage. Deutlich wird dies unter anderem beim allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Lange Zeit gehörte die AfD zu den entschiedensten GegnerInnen einer allgemeinen Lohnuntergrenze. Noch im April 2015 wetterte die damalige Vorsitzende Frauke Petry in einer Pressemitteilung, der Mindestlohn sei „neosozialistisch", ein „Job-Killer" und ein Ausdruck „realitätsferner Sozialromantik". Geringqualifizierten und „Beschäftigten in den klassischen Trinkgeld-Branchen" drohe durch den Mindestlohn Arbeitslosigkeit und Armut. Auch im Europawahlkampf 2013 positionierte sich die AfD gegen den gesetzlichen Mindestlohn. Er sei der „ökonomisch falsche Weg", heißt es dazu im Wahlprogramm. Zur sozialen Absicherung von Geringverdienenden steht dort: „Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben." Zugleich forderte sie die Abschaffung des Mindestlohns in anderen EU-Ländern. „Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern zum Arbeitsmarkt. Ohne entsprechende Reformen in diesen Ländern bleiben auch europäische Hilfen ohne Wert".

Noch kurz vor dem Stuttgarter Grundsatzprogrammparteitag im April 2016 sprach sich AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen „gegen jede soziale Vollkaskomentalität" aus und stellte fest, die AfD „könne nicht nur eine Partei der Geringverdiener und Arbeitslosen sein".

Im dann verabschiedeten Grundsatzprogramm vollzog die Partei allerdings eine scheinbare Kehrtwende und sprach sich überraschend für den Mindestlohn aus. Diesen Kurswechsel nutzte die Partei allerdings zugleich zur rassistischen Stimmungsmache: Der Mindestlohn schütze „vor dem durch

Viele Veranstaltungen der AfD werden von heftigen Protesten und Gegendemonstrationen begleitet.

die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck", heißt es nun zur Begründung. Dabei verschweigt die AfD, dass die Ausweitung des Niedriglohnsektors in den vergangenen 15 Jahren in keinerlei Zusammenhang mit dem verstärkten Zuzug Geflüchteter im Sommer 2015 steht, sondern Ergebnis einer neoliberalen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes war.

Das Grundsatzprogramm lässt jedoch sowohl die Höhe als auch die Ausgestaltung des Mindestlohns offen. Für die Gegner einer Lohnuntergrenze in der Partei bietet dies die Möglichkeit, ihren Kurs weiter zu verfolgen.

So sprach sich die Thüringer Landtagsfraktion kurz vor dem Programmparteitag gegen eine Erhöhung des Mindestlohns aus. Auch Jörg Meuthen stellt den gesetzlichen Mindestlohn weiterhin in Frage: „Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass wir mehr differenzieren. Denn es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht. Da hielte ich es für besser, dass man nicht die einzelnen Betriebe zwingt, diesen Menschen trotzdem 8,50 Euro zu zahlen, sondern dass der Staat deren Lohn durch Zuschüsse aufstockt".

Nicht nur beim Mindestlohn bleiben die Aussagen der AfD unklar und widersprüchlich. Auch die Themen Leiharbeit und Werkverträge finden im Grundsatzprogramm der AfD keine Erwähnung, sehr wohl aber im Europawahlkampf: „Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend".

In einigen Landtagswahlprogrammen verurteilt die AfD den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, so zum Beispiel im Landtagswahlprogramm für Baden-Württemberg: „Leiharbeit soll reguläre Arbeitsverhältnisse ergänzen, nicht ersetzen. Wir setzen uns ein für eine sachgerechte Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen zur Leiharbeit und für wirkungsvolle Kontrollen". Zugleich wird aber auch die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern und Abgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen" gefordert. Bewusst verschwiegen wird, dass eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vor allem zu Lasten der betroffenen Beschäftigten erfolgt.

Klare Konzepte zu den Themen Leiharbeit und Werkverträge sind von der Partei ebenso wenig zu erwarten wie ein Vorgehen gegen andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse. So beklagt die bayerische AfD zwar, dass viele junge Menschen heute nur noch befristete Arbeitsverträge bekämen, sie sieht das Problem jedoch vor allem in den „starren Regeln zum Kündigungsschutz". „Wer nur schwierig kündigen kann, der stelle lieber nur befristet ein", heißt es dazu in einer Pressemitteilung der AfD Bayern. Diese Konzeptlosigkeit gilt auch für den Umgang der AfD mit Erwerbslosigkeit und insbesondere für die Zukunft des Arbeitslosengeldes II. So fordert die Partei in ihrem Grundsatzprogramm unter anderem die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit. Deren Aufgaben sollen stattdessen künftig von den kommunalen Jobcentern übernommen werden. Im Gegensatz zu den kommunalen Jobcentern ist die Bundesagentur bisher für die Verwaltung der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung zuständig. Mit der Auflösung der Bundesagentur ist auch die Arbeitslosenversicherung in ihrer bisherigen Form gefährdet. „Wer die Bundesagentur für Arbeit auflöst, beendet damit auch die bisherige Arbeitslosenversicherung", so Johannes Jakob, Arbeitsmarktexperte des DGB.

Zudem werden so weitere Aufgaben vom Bund an die Kommunen übertragen, ohne dass diese finanziell besser ausgestattet werden. Die Kommunen werden so künftig bei der Vermittlung von Erwerbslosen alleine gelassen.

Zur Zukunft des Arbeitslosengeldes II kursieren in der Partei verschiedene Konzepte, die alle eines gemeinsam haben: die Verschlechterung der Situation der Betroffenen. Zahlreiche Landesverbände fordern in ihren Programmen die Einführung von „Bürgerarbeit statt Hartz IV". Darunter wird die „gemeinnützige Arbeit von Langzeitarbeitslosen" verstanden. Im Programm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg heißt es beispielsweise: „Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und mit ca. 1.000 EUR monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden. Den Langzeitarbeitslosen wird die Ausübung sinnvoller Tätigkeiten eröffnet und die Gesellschaft erhält einen Gegenwert für die Unterstützungsleistungen. Die Hartz IV-Reformen konnten für eine Vielzahl von Langzeitarbeitslosen keine Beschäftigungschancen eröffnen."

Die von der AfD beworbene „Bürgerarbeit" ist weder neu noch innovativ. Bereits unter der schwarz-gelben Regierungskoalition gab es von 2010 bis 2014 ein Pilotprojekt zur „Bürgerarbeit". Eine Milliarde Euro wurde investiert und fast 50.000 „Bürgerarbeitsplätze" geschaffen. Das Vorhaben scheiterte auf ganzer Linie, von den Teilnehmenden konnten nur wenige in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt werden. Tatsächlich hatte die Maßnahme sogar den gegenteiligen Effekt. Der Abschlussbericht des Arbeitsministeriums notierte: „Es ist ein erheblich negativer Effekt der Teilnahme auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt festzustellen. Innerhalb der ersten zwei Jahre wäre die geschätzte Integrationswahrscheinlichkeit ohne die Teilnahme an der Beschäftigungsphase durchgängig mehr als doppelt so hoch gewesen." Zu den Projektkosten urteilt der Bericht: „Hinsichtlich der Effizienz zeigt sich, dass das Modellprojekt als Ganzes eine deutlich negative Effizienz aufweist."

Im Gegensatz zum Pilotprojekt der schwarz-gelben Bundesregierung ist in den Programmen der AfD nicht davon die Rede, dass diese „Bürgerarbeit" freiwillig erfolgen soll. Schon anlässlich des damaligen Pilotprojekts warnte der DGB in einer Stellungnahme vor Zwangsmaßnahmen: „Bürgerarbeit hört sich zunächst freundlich an, es klingt nach freiwilligem Engagement, ›Bürger tun etwas für andere Bürger‹. Doch der Übergang zur ›Arbeitspflicht‹ ist fließend, je nach Ausgestaltung und gesetzlichen Rahmenbedingungen".

Geltung des Leistungsprinzips

Dass es bei den Vorstellungen der AfD nicht um Freiwilligkeit geht, belegt die Aussage der damaligen Parteivorsitzenden Frauke Petry: „Aber es muss auch das Leistungsprinzip gelten: Wer als Langzeitarbeitsloser eine Leistung vom Staat erhält, muss dem Staat auch etwas zurückgeben." Zu erwarten ist zudem, dass Kommunen und Länder die „Gemeinnützigkeit" der „Bürgerarbeit" großzügig auslegen, um so auf günstige Arbeitskräfte zurückgreifen und eigenes Personal einsparen zu können. Dadurch würden noch mehr Arbeitsplätze in der öffentlichen Daseinsvorsorge abgebaut.

Neben der „Bürgerarbeit" kursieren noch andere Konzepte zum Umgang mit Hartz IV in der AfD. Die meisten stellen die Höhe des Arbeitslosengeldes II in den Mittelpunkt. In ihren politischen Leitlinien äußert die AfD, dass LeistungsempfängerInnen sich „solidarisch zeigen [müssten], um die Belastung der Gemeinschaft so niedrig wie möglich zu halten." Für einige AfD-Politikerinnen und -Politiker bedeutet dies, die Hartz IV-Leistungen zu senken. Lydia Funke, Landtagsabgeordnete der AfD in Sachsen-Anhalt, fordert in einem Interview mit dem ZDF-Magazin Frontal 21 die „Absenkung von Hartz IV logischerweise, um die Menschen wieder zu fordern, dass sie in Arbeit gehen."

Im Grundsatzprogramm entschied sich die Partei vorerst für das Konzept der „aktivierenden Grundsicherung" bei gleichzeitiger Abschaffung des Arbeitslosengeldes II. Dabei sollen diejenigen, die arbeiten, „auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist", um einen „Arbeitsanreiz" zu schaffen. Der Unterstützungsbeitrag soll mit wachsendem Einkommen absinken. Wie in all ihren Vorstellungen zur Arbeitsmarktpolitik bleiben Höhe und genaue Ausgestaltung des Konzepts der „aktivierenden Grundsicherung" im Ungewissen.

Fazit

Die AfD legt bisher zu keiner arbeitsmarktpolitischen Frage – sei es beim Mindestlohn, bei der Leiharbeit oder beim Arbeitslosengeld II – ein ausformuliertes Konzept vor. Statt auf die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsformen setzt die AfD auf weitere neoliberale Deregulierung. Antworten auf die drängenden arbeitsmarktpolitischen Fragen (u. a. Umgang mit der Digitalisierung, der zunehmenden atypischen Beschäftigung und ihren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme) bietet die Partei nicht.

Auch die rentenpolitischen Pläne sehen weitere Belastungen der abhängig Beschäftigten vor. Statt auf die bewährte gesetzliche Rentenversicherung setzt die AfD auf private Vorsorge, von der vor allem private Konzerne und Versicherungen profitieren. Und sie plädiert für die weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Demonstration gegen eine Kundgebung der AfD im Münchner Hofbräukeller 2016.

Bildungspolitik:
Uneingeschränktes Leistungsprinzip

In der Bildungspolitik werden die Weichen für die ökonomische, soziale und politische Teilhabe an der Gesellschaft gestellt. Ein gleicher Zugang zu Bildung entscheidet oftmals über Chancengleichheit oder -ungleichheit für den sozialen Aufstieg.

Die AfD verbindet ihre bildungspolitische Programmatik mit einem überkommenen Familienbild. Es ist geprägt von reaktionären Vorstellungen, Ausgrenzung und Diskriminierung. So nimmt der Kampf gegen Vielfalt und sexuelle Selbstbestimmung im Grundsatzprogramm der Partei ebenso breiten Raum ein wie die Agitation gegen das „Gender-Mainstreaming", die „geschlechterneutrale Sprache", die „Gender-Forschung" oder „Geschlechterquoten".

Vor allem steht das Bildungsprogramm der AfD für die Ausgrenzung sozial Benachteiligter und extreme soziale Auslese. Es gibt kaum ein Industrieland, in dem das Bildungssystem so selektiv ist wie in Deutschland. Fast nirgendwo haben Arbeiterkinder so schlechte Chancen, einen Hochschulabschluss zu erwerben, wie in Deutschland. Eine Ursache dafür ist, dass in weiten Teilen Deutschlands noch immer am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten wird. Die AfD steht genau für diese Form der frühen sozialen Auslese. Sie lehnt die Gesamtschule ab und will das dreigliedrige Schulsystem beibehalten. Sie will es darüber hinaus auch in den Bundesländern einführen, in denen es bisher noch nicht existiert. Der Sozialwissenschaftler Andreas Kemper konstatiert daher: „Die AfD will den Zugang zum Studium und Gymnasien erschweren […] Ziel soll sein, eine ›Elite‹ zu formen. Typischerweise trifft das Kinder aus einkommensschwachen Familien, die sich nicht teuren Privatunterricht leisten können."

Auch an den Universitäten will die AfD die Elitenbildung verschärfen. Mit der im Grundsatzprogramm erhobenen Forderung nach „leistungs- und eignungsbezogenen Auswahlverfahren für verschiedene Hochschultypen" verfolgt sie vor allem das Ziel einer verstärkten sozialen Auslese. Hohe Zugangsbeschränkungen für einzelne Studiengänge schließen insbesondere finanziell schwächer gestellte Menschen aus. Während Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern auf Privatunterricht und andere Unterstützung zurückgreifen können, bleibt dies Kindern aus sozial benachteiligten Familien verwehrt. Die Forderung, das Promotions- und Habilitationsrecht ausschließlich auf Universitäten und Hochschulen mit Universitätsstatus zu beschränken, dient ebenfalls diesem Zweck.

Die Betroffenen versucht die AfD damit zu trösten, dass nicht jeder das Abitur oder einen Hochschulabschluss benötige. Für die AfD „gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in Ausbildungsberufen."

Statt den Arbeiterkindern den Weg an die Universität zu erleichtern, plädiert sie dafür, dass diese lieber eine vernünftige Ausbildung machen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen. So wird ihnen bewusst Wissen vorenthalten. Das Recht auf Wissen und Bildung, unabhängig vom sozialen Status, wird relativiert und durch die Befürwortung sozialer Auslese ersetzt.

Im Zentrum der bildungspolitischen Vorstellungen steht das Leistungsprinzip. Wörtlich heißt es dazu im Grundsatzprogramm der Partei: „Wir befürworten uneingeschränkt das Leistungsprinzip. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren." Auch die Bildung hat sich damit der neoliberalen Logik zu fügen. Das Leistungsprinzip dient zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. Im Rahmen dessen gilt es, „leistungsstarke" von „leistungsschwachen" Schülerinnen und Schülern zu trennen.

Die AfD verknüpft ihre selektive Bildungspolitik häufig mit Warnungen vor einem angeblichen Qualitätsverlust des Schul- und Hochschulbereichs. Sie sieht darin eine der Ursachen für die mangelnde Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern in einigen Ausbildungsberufen, insbesondere im Handwerk. So behauptet die Partei in ihrem Grundsatzprogramm, dass „Schüler nicht mehr die Grundkenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden". Die Fakten zeigen Anderes. So hat sich Deutschland in der PISA-Studie in den vergangenen Jahren erheblich verbessert und die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland so niedrig wie selten zuvor. Die Gründe für den Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern in manchen Ausbildungsberufen liegen anderswo, wie unter anderem die jährlichen Ausbildungsberichte der DGB-Jugend aufzeigen.

Es sind vor allem die Branchen mit mangelhaften Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie unterdurchschnittlicher Entlohnung, denen es schwer fällt, Nachwuchskräfte zu gewinnen. Solange bei den Arbeitgebern dazu kein Umdenken stattfindet, werden auch weiterhin Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nicht die Wissensvermittlung im Zentrum der Bildungspolitik der AfD steht, sondern die Nutzbarmachung der Bildung für wirtschaftliche Zwecke.

In ihrem Programm propagiert sie ganz offen eine Bildung im Sinne neoliberaler Verwertungslogik. Schulen und Hochschulen dienen ausschließlich dazu, Menschen so schnell wie möglich auf die Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dazu gehört auch die Ausgrenzung und Aussortierung von sozial Benachteiligten nach vermeintlichen Leistungskriterien.

AidA, AVA und ALARM: Gewerkschaftsfeindliche Arbeitnehmerorganisationen in der AfD

Immer wieder macht die AfD mit gewerkschaftsfeindlichen Äußerungen von sich reden. So bezeichnet die stellvertretende Bundesvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Beatrix von Storch, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di als „Verfassungsfeinde". Ver.di sei „eine Gefahr für die Demokratie" und „eine offizielle Verbrecherorganisation". Der ehemalige bayerische Vorsitzende und jetzige Bundestagsabgeordnete der AfD, Peter Bystron, forderte gar die Überwachung des DGB durch den Verfassungsschutz.

Trotz dieses Kurses und ihrer arbeitnehmerfeindlichen Programmatik wählten zuletzt zunehmend auch Lohnabhängige die AfD. Die Partei versucht, dieser Zustimmung Rechnung zu tragen und hat mit Slogans wie „Das neue Rot der Arbeitnehmer ist blau" inzwischen begonnen, eigene organisatorische Strukturen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Eine tatsächliche Interessenvertretung für lohnabhängig Beschäftigte ist jedoch weder von der Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (AidA), der Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) noch von dem in Erfurt ins Leben gerufenen Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM) zu erwarten. Alle drei werben für die Vertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern innerhalb der AfD.

Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (AidA)

Die Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (AidA) gründete sich am 1. Dezember 2015. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in Hamburg und Niedersachsen. Wirft man einen Blick auf die dort Aktiven, so fällt auf, dass die Führungsriege der Interessensgemeinschaft bezeichnenderweise aus selbstständigen Unternehmern besteht. Der Hamburger Christian Waldheim, gemeinsam mit Robert Buck Bundessprecher der AidA, ist Betriebswirt und Geschäftsführer seiner Consultingfirma EBS Consulting.

Der stellvertretende Bundessprecher Sascha Walther, ebenfalls aus Hamburg, ist Geschäftsführer und Gesellschafter eines Sicherheitsunternehmens. Inhaltliche Positionen zu Beschäftigtenfragen sucht man bei der AidA weitgehend vergeblich. Wo man sie doch findet, propagiert auch die Interessengemeinschaft den von der AfD geforderten neoliberalen Umbau des Staates. Auf der Homepage von AidA heißt es: „[Es gehört] unserer Ansicht nach zur Ehrlichkeit dazu, den Bürgern dieses Landes zu erklären, dass die Verantwortung zur Übernahme sozialer Risiken in Teilbereichen aus den Händen des Staates zurück in die Hände der Bürger gegeben werden muss und wir die Aufgaben und Absicherungen des Staates bzw. der Träger auf die Kernaufgaben und Kernelemente zurückführen. Nur so kann eine moderne, zukunftsorientierte und generationengerechte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dauerhaft Bestand haben."

Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA)

Anders als die AidA fungiert die AVA nicht als anerkannte Bundesinteressengemeinschaft der AfD, sondern als Verein. Gegründet wurde sie 2015 in Dortmund mit maßgeblicher Unterstützung des AfD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen. Ihr Einfluss beschränkt sich vor allem auf Nordrhein-Westfalen, wie die Zusammensetzung ihres Bundesvorstandes zeigt: Er besteht fast ausschließlich aus Mitgliedern aus NRW. Bundesvorsitzender ist der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD in NRW und Bundestagsabgeordnete Uwe Witt. Auch der Diplom-Personalwirt, mit nach eigenen Angaben „30 Jahren Erfahrung als Human Resource Manager", war vor Beginn seiner Parteikarriere selbstständiger Unternehmer.

Die AVA zählt wie AidA zu den Verfechterinnen einer weiteren neoliberalen Deregulierung des Arbeitsmarktes und eines Abbaus sozialer Sicherungssysteme. So fordert der Verein eine Pflicht für Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger zur gemeinnützigen Arbeit und härtere Sanktionen.

Alternativer Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM)

Anders als AidA und AVA will der 2017 ins Leben gerufene Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM) weit mehr sein als eine Interessenvertretung innerhalb der AfD. Laut ALARM-Initiator Jürgen Pohl hätten die DGB-Gewerkschaften die Interessen der Beschäftigten verraten und seien keine Gewerkschaften mehr. „Deswegen brauchen wir eine neue, und das wird ALARM sein." Die AfD will so den DGB-Gewerkschaften Konkurrenz machen. Sie ruft dazu auf, die Einheitsgewerkschaft zu verlassen und sich stattdessen ihrem Arbeitnehmerverband anzuschließen. Nicht alle in der AfD sind von der Gründung einer dritten Arbeitnehmerinteressenvertretung in der AfD begeistert.

Wie schon die Führungsriegen von AidA und AVA ist auch Jürgen Pohl kein Arbeitnehmer, sondern selbstständiger Rechtsanwalt, der zudem auch Arbeitgeber vertritt. Der Bundestagsabgeordnete ist Teil des völkisch-nationalistischen Flügels in der AfD und war zuvor Leiter des Wahlkreisbüros des Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke. Thüringen und die anderen ostdeutschen Bundesländer sind organisatorischer Schwerpunkt von ALARM. Erster Akt und eine der wenigen Aktivitäten des neu gegründeten Verbandes war eine Demonstration zum 1. Mai 2017 in Erfurt mit etwa 1.200 AfD-Fans. Dort forderte Pohl in Richtung der Kundgebung der DGB-Gewerkschaften: „Wir werden den Tag der Arbeit aus den Händen dieser Arbeiterverräter entreißen." Außer der Hetze gegen die Gewerkschaften des DGB und politisch Andersdenkende gibt es keine inhaltlichen Positionen des neuen Verbandes. Aussagen zu Fragen der Wirtschafts-, Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik sucht man bislang vergebens.

Fazit

Keine der drei konkurrierenden sogenannten Arbeitnehmerorganisationen in der AfD ist in der Lage oder willens, die Interessen von lohnabhängig Beschäftigten zu vertreten. Stattdessen wollen sie durch gezielte Hetze gegen die DGB-Gewerkschaften und den Aufruf zum Austritt aus ihnen die Belegschaften spalten.

Wie die Partei insgesamt, stehen auch sie für einen arbeitnehmerfeindlichen Kurs der neoliberalen Deregulierung und des Abbaus sozialer Sicherungssysteme.

Klare Kante gegen Rechts vor dem Münchner Gewerkschaftshaus.

Europapolitik:
Europafeindlichkeit zu Lasten der Beschäftigten

Lange Zeit war die Europapolitik das Kernthema der AfD. Auch heute nimmt die Diskussion um die Zukunft der europäischen Vereinigung in der AfD einen breiten Raum ein. Wenig öffentliche Beachtung finden jedoch die Auswirkungen, die eine solche Europapolitik für abhängig Beschäftigte hätte.

Wie in anderen Politikbereichen kam es auch hier in der AfD in den vergangenen Jahren zu einer Radikalisierung. Stand bei Gründung der Partei im Jahr 2013 die Euro-Rettungspolitik im Mittelpunkt der Kritik, stellt die AfD heute das europäische Projekt in seiner Gesamtheit in Frage. So fordert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm die Einschränkung der EU-Freizügigkeit und flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen. Sie will „das Experiment Euro geordnet beenden" und strebt den Austritt Deutschlands aus der EU sowie die „demokratische Auflösung der Europäischen Union" an.

Im Bundestagswahlkampf plädierte die Partei für ein Ende des Schengen-Abkommens, das Reisefreiheit und freien Warenverkehr in Europa regelt. „Schengen ist gescheitert", so die AfD Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl 2017, Alice Weidel. All diese Maßnahmen hätten sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die abhängig Beschäftigten in Deutschland und ganz Europa verheerende Auswirkungen. Offene Grenzen haben mehr als nur symbolischen Wert. Sie sind sowohl Wohlstandsfaktor als auch Wirtschaftsmotor. Inzwischen ist fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Außenhandel abhängig und somit auch von offenen Grenzen in Europa. Deutschlands Wirtschaft ist mit einem Außenhandelsvolumen von 2,6 Billionen Euro im Jahre 2014 so stark auf Geschäfte mit dem Ausland ausgerichtet wie nur wenige andere Länder. Knapp 60 Prozent davon entfallen auf Europa. Laut einer Studie der Wirtschaftsanalysten von Prognos würde die Wiedereinführung innereuropäischer Grenzkontrollen alleine der deutschen Volkswirtschaft 234 Milliarden Euro in einem Zehnjahreszeitraum kosten. Just-in-time-Lieferungen würden der Vergangenheit angehören, europäische Produktionsprozesse durch Grenzkontrollen unterbrochen und die europäischen Wertschöpfungsketten wären massiv beeinträchtigt.

Gravierende Folgen hätte dies sowohl für exportorientierte Unternehmen und deren Beschäftigte, zum Beispiel in der Automobilindustrie und deren Zulieferer oder im Maschinenbau, als auch für den Speditions- und Logistiksektor. 80 Prozent des Warenverkehrs mit den europäischen Staaten wird über Land abgewickelt. Derzeit rollen jährlich mehr als 18 Millionen Lkw über die deutschen Grenzen. „Die Zeche für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen werden die Wirtschaft und die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen. Zudem wäre dies ein historischer Rückschlag für das europäische Projekt. Wer heute mehr Wohlstand für sich, sein Land und Europa will, muss Haltung zeigen: Für offene Grenzen, gegen nationale Abschottung", heißt es deshalb in einer Stellungnahme des DGB, der sich für den Erhalt des Schengen-Abkommens und eine Vertiefung der europäischen Beziehungen einsetzt.

Das von der AfD geforderte Ende von Euro, EU und Arbeitnehmerfreizügigkeit hätte auch für die Pendlerinnen und Pendler Konsequenzen. Rund 1,7 Millionen Beschäftigte in Europa überqueren täglich die EU-Binnengrenzen, weil sie in einem EU-Mitgliedsland leben und in einem anderen arbeiten. Viele von ihnen kommen auch aus grenznahen, strukturschwachen Regionen in Deutschland. „Wenn Schengen länger oder gar dauerhaft außer Kraft gesetzt und das Recht auf Freizügigkeit und Nichtdiskriminierung durchlöchert wird, schränkt dies die Rechte der Arbeitnehmer dramatisch ein", so DGB-Europaexpertin Gabriele Bischoff. Statt für weniger plädiert der DGB für mehr Europa, in dem soziale Rechte für alle eine größere Rolle spielen. „Nur ein Europa, das sozial investiert, in die Bevölkerung, und deren Rechte verteidigt und modernisiert, so wie sie in der Grundrechtecharta verankert sind, wird das Vertrauen wieder gewinnen, das der Kontinent braucht", so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Fazit

Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Freizügigkeit oder gar die Wiedereinführung nationaler Währungen, wie sie die AfD vertritt, hätte für die international orientierte deutsche Wirtschaft verheerende Auswirkungen.

Die europapolitischen Vorstellungen der AfD gefährden den wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands und setzen Millionen Arbeitsplätze aufs Spiel. Leidtragende des antieuropäischen Kurses der AfD wären vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mit dem Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM) will die AfD den DGB-Gewerkschaften Konkurrenz machen.

Familienpolitik:
Programm der Ausgrenzung und Diskriminierung

Der Kampf gegen Geschlechtergerechtigkeit, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und sexuelle Vielfalt gehört seit jeher zu den Grundsäulen rechter Politik. Für die AfD ist dieser Kampf zentraler Bestandteil ihrer Programmatik. Ideologische Grundlage dafür bietet eine rechtskonservative Familienpolitik, die sich vor allem den Erhalt der „traditionellen Familie" zum Ziel gesetzt hat.

In der AfD findet dieses Ziel sowohl in einem ausgeprägten Antifeminismus als auch in einem zutiefst homophoben Weltbild seinen Ausdruck. Der hohe ideologische Stellenwert, den der Kampf für eine reaktionäre Politik im Bereich ›Familie‹ in der AfD innehat, wird schon daran deutlich, dass es in dem etwa hundert Seiten umfassenden Grundsatzprogramm so gut wie kein Kapitel gibt, in dem der Begriff ›Familie‹ keine Erwähnung findet.

Neben dem eigenen Programmpunkt ›Familien und Kinder‹ spielen diese Vorstellungen auch in der Arbeitsmarkt-, der Sozial- und der Bildungspolitik eine wesentliche Rolle. Aber auch, wenn es um Steuern, die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Wohnungsbau- oder die Integrationspolitik geht, fehlt die Nennung von Kindern oder ›der Familie‹ nicht. Es gelingt der Partei so, zugleich konservative und neoliberale Positionen zu vereinen. Den Rückzug des Staates aus weiten Teilen der sozialen Sicherungssysteme kombiniert die Partei mit dem Plädoyer, die traditionelle Familie zu stärken, die künftig die soziale Verantwortung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflege übernehmen soll. Wer nicht auf diese familiäre Hilfe bauen kann oder privat vorsorgt, steht in solchen sozialen Notlagen dann ohne Unterstützung da.

Bereits zu Beginn des Kapitels ›Familien und Kinder‹ wird deutlich, dass die Vorstellungen der AfD vor allem auf die Zurückdrängung und Diskriminierung nicht-traditioneller Lebens- und Beziehungsentwürfe abzielen. Das beginnt mit einem „Bekenntnis zur traditionellen Familie als Leitbild" und der klaren Forderung „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung".

Einem Lamento über die angeblich geringe Wertschätzung, die der traditionellen Familie in Deutschland zuteilwird, folgt die Klage über die Untergrabung der Familie als „wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit" durch die Zunahme von Krippen und Ganztagsschulen, des „Gender-Mainstreamings" und der Individualität im Allgemeinen. Daran anknüpfend zeichnet die AfD ein Schreckensbild der demografischen Entwicklung: Die niedrige Geburtenrate führe angeblich zum Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme, einer verminderten Wirtschaftsleistung und zu einem „ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur". Zentrales Ziel der AfD ist eine „aktive Bevölkerungspolitik", um die Geburtenrate der „deutschstämmigen Frauen" deutlich zu steigern. Jeglicher staatliche Versuch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, wird als Zwang zur Doppelbelastung umgedeutet.

Stattdessen setzt die AfD auf einen antifeministischen Rückschritt, um Frauen auf die Rolle als Hausfrauen und Mütter festzulegen. Hierzu passt die Ablehnung des Rechts auf Abtreibung. So will die AfD unter anderem die von vielen Betroffenen schon heute als erniedrigend empfundenen Schwangerenkonfliktberatungen verschärfen.

Seit ihrer Gründung ist die Partei eng mit dem christlich-fundamentalistischen Abtreibungs-Spektrum verbunden. Eine wesentliche Rolle spielt das von Beatrix von Storch und ihrem Mann Sven von Storch geleitete „Netzwerk Zivile Koalition e.V." sowie der im August 2013 gegründete Arbeitskreis „Christen in der Alternative für Deutschland". Die häufig als „deutsche Tea-Party" bezeichnete „Zivile Koalition" ist ein Netzwerk verschiedener Initiativen, die sich zum Ziel gesetzt haben, christlich-fundamentalistische und rechtskonservative Vorstellungen kampagnen- und mehrheitsfähig zu machen.

In der „Zivilen Koalition" tritt vor allem die „Initiative Familienschutz" unter der Führung von Sven von Storch und der CDU-Politikerin Hedwig Freifrau von Beverfoerde mit ihrem Kampf gegen Abtreibung in die Öffentlichkeit. Beatrix von Storch und von Beverfoerde treten gemeinsam regelmäßig bei Aufmärschen der so genannten „Lebensschützer" wie dem „1000 Kreuze Marsch" oder dem „Marsch für das Leben" auf. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke stellte in einem Interview mit der Huffington Post fest: „Von Storch und der fundamentalistische Flügel der AfD gehen einen Pakt mit Abtreibungsgegnern ein. […] Die Partei will Staat und Gesellschaft mit ihrer Familienpolitik umbauen."

Der Kampf gegen Abtreibung ist nicht die einzige Schnittmenge zwischen AfD und christlich-fundamentalistischem Lager. Die AfD gehört auch zu den wesentlichen Organisatorinnen der „Demo für alle", die sich von Stuttgart aus auf andere Städte in der Bundesrepublik ausgeweitet hat. Anlass für die Demonstrationen waren ursprünglich der von der baden-württembergischen Landesregierung geplante Bildungsplan 2015 und der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte. Beide sahen vor, Kinder und Jugendliche altersgerecht über das Thema Sexualität aufzuklären und dabei die Akzeptanz sexueller Vielfalt zu fördern. Das rechtskonservative Lager sah darin eine „Frühsexualisierung und Indoktrinierung im Sinne des Gender-Mainstreamings von Kindern" und einen Angriff auf die Ehe. Offizielle Demo-Organisatorin und Verantwortliche für den Blogauftritt des Bündnisses „Demo für alle" ist die Frontfrau der „Initiative Familienschutz", Hedwig Freifrau von Beverfoerde; Beatrix von Storch trat als Mitorganisatorin in Erscheinung.

Das Familienbild der AfD geht mit einer offensiven Agitation gegen Homosexuelle einher, denen die AfD unter anderem das Recht auf Ehe absprechen will. Auch hier tut sich insbesondere das christlich-fundamentalistische Umfeld um Beatrix von Storch hervor. So wetterte von Storch als damalige Europawahlkandidatin des Landesverbandes Berlin gegen die „Schwulen-Lobby" und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. Derlei Ausfälle führten zum Rücktritt und Parteiaustritt von Franz Niggemann, Vorstandsvorsitzender des Bezirksverbandes Tempelhof-Schöneberg, der als Grund für seinen Schritt die zunehmende Dominanz homophober Positionen nannte. Als Robert Zollitsch, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, vor einer Wahl der AfD warnte, attackierte von Storch ihn in einem offenen Brief und warf ihm Amtsmissbrauch vor. „Die Grünen wollen die Homo-Ehe. Und Sie warnen als katholischer Bischof nicht vor den Grünen?", so von Storch.

Fazit

In der Familienpolitik geht es der AfD nicht um das Wohl der Kinder, z.B. durch Hilfe für Alleinerziehende. Nicht das Wohl des Einzelnen steht im Vordergrund, sondern die AfD will das Staatsvolk erhalten.

Antifeminismus und Homophobie gehören dabei zum Markenkern der AfD, ihre familienpolitischen Vorstellungen gehen mit Ausgrenzung und Diskriminierung einher. Die Stärkung der „traditionellen Familie" soll zugleich die sozialen Härten kompensieren, die das neoliberale Programm von Deregulierung und Sozialabbau der AfD mit sich bringt.

Gleichstellungspolitik: Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt

Das politische Denken der AfD ist laut dem Soziologen Andreas Kemper von der „Idee der Ungleichheit" gekennzeichnet. Tatsächlich stellt die Partei immer wieder die Gleichwertigkeit spezifischer Gruppen der Gesellschaft infrage, wie sich vor allem in der Integrations- und Flüchtlingspolitik zeigt. Ihren Ausdruck findet die „Idee der Ungleichheit" aber nicht nur in der Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten und Migranten, sondern ebenso im vehementen Kampf gegen die Gleichstellung von Frauen – insbesondere in der Arbeitswelt.

Nicht der Arbeitsplatz, sondern Kinder, Küche, Kirche seien die Refugien der Frau, so das Credo konservativer Politik. Erst durch harte Kämpfe – nicht zuletzt der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung – konnte dieses reaktionäre Denken Schritt für Schritt aufgebrochen werden. Geht es nach der AfD, gilt es nun, die Uhr zurückzudrehen. Die Partei steht für einen antifeministischen Rückschritt, der auch die Verdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt einschließt.

Die AfD lehnt alle Maßnahmen ab, die Frauen in einer nach wie vor männlich dominierten Gesellschaft eine bessere Teilhabe ermöglichen sollen. Der baden-württembergische Landesverband unter Führung des AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen fordert beispielsweise, die Gleichstellungspolitik „als durchgängiges politisches Leitprinzip … auf allen Ebenen unverzüglich und ersatzlos zu beenden". Dieser „unzulässige[…] Eingriff des Staates" in das Leben der Menschen sei „überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt". Der „Equal Pay Day", der auf die großen Unterschiede bei Löhnen und Gehältern von Männern und Frauen hinweist und von Gewerkschaften an vielen Orten mit Aktionen begleitet wird, ist für die Partei ein „Propagandainstrument", das abgeschafft werden muss. Das Bundesgleichstellungsgesetz und ähnliche Regelungen sollen aufgehoben und sämtliche Stellen für Gleichstellungsbeauftragte gestrichen werden. Ebenso sollen alle Quotenregelungen für Frauen abgeschafft werden.

Wie gut es ohne Quote funktioniert, beweist die AfD selbst. Sie ist nicht nur die wahrscheinlich einzige Partei, in der – wie bei der Landtagsfraktion Brandenburg – ein Mann die Funktion des „frauenpolitischen Sprechers" innehat, sie ist zudem die Partei mit dem mit Abstand geringsten Frauenanteil im Bundestag. Während insgesamt 30,7 Prozent der Abgeordneten im deutschen Bundestag weiblich sind, sind es bei der AfD gerade einmal 10,6 Prozent: unter den 94 Abgeordneten sind nur 10 Frauen. Da passt es ins Bild, wenn der AfD-Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, Nikolaus Kramer, in einem Gespräch mit NDR 1 im Dezember 2017 sagt: „Männer sind mehr für die Politik gemacht."

In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 forderte die Partei die Abschaffung aller Antidiskriminierungsgesetze, darunter das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Ziel des Gesetzes ist es, „Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen". Für die AfD sind solche Bestimmungen nicht Grundlage menschlichen Zusammenlebens, sondern Eingriffe in die „Vertragsabschlussfreiheit", die es zu beenden gilt.

Versuche, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf staatlich zu fördern, lehnt die AfD als Zwang zur Doppelbelastung ab und beklagt einen „falsch verstandenen Feminismus", der „einseitig Frauen im Erwerbsleben schätzt, nicht aber Frauen, die ›nur‹ Mütter und Hausfrauen sind". Die AfD wettert immer wieder gegen staatliche und kommunale Kinderbetreuungseinrichtungen. Bezeichnend dafür ist der Münsteraner Stadtrat Martin Schiller, der „eine völlig falsche und familienfeindliche KitTa-Vollversorgungspolitik" als „katastrophal"

bezeichnet und glaubt, diese habe zum Ziel „den Eltern möglichst früh die Kinder zu entreißen und sie einer staatlich organisierten Erziehungsanstalt zu übergeben."

2017 behauptete er in einer Haushaltsrede im Rat der Stadt Münster: „Die Politik der Fremderziehung von Kleinstkindern produziert bindungsunfähige, charakterschwache Persönlichkeiten und lernschwache, verhaltensauffällige Schüler." Belege für diese absurden Behauptungen blieb er schuldig. Auch der bayerische AfD-Landesvorsitzende Martin Sichert ist der Meinung, „Kinder sollen nicht staatlich verwahrt werden." Als seien Kinderbetreuungseinrichtungen reine Verwahranstalten und nicht Lernorte für das gesellschaftliche und soziale Miteinander.

Im Mittelpunkt des Kampfes der AfD gegen Gleichstellung und Emanzipation steht die Agitation gegen das „Gender-Mainstreaming". Gender-Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Dem Gender-Mainstreaming liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Frauen von politischen Entscheidungen teils in anderer Form betroffen sein können als Männer. Daher hat die Weltfrauenkonferenz 1995 Gender-Mainstreaming als Strategie zum Abbau von geschlechterspezifischer Ungleichheit empfohlen. Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags 1999 wurde die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen in der EU zum gesetzlich verankerten Ziel und auch Gewerkschaften bekennen sich zum Gender-Mainstreaming.

Die AfD polemisiert seit ihrer Gründung gegen eine solche Gleichstellungspolitik. Im Europawahlprogramm spricht sie sich klar gegen die gesetzliche Verankerung des Gender Mainstreamings in den EU-Mitgliedsstaaten aus. „Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Mitgliedsstaaten eine solche Politik aufzuzwingen", heißt es dort. Die längst etablierten Instrumente des Gender-Mainstreamings seien „Genderwahn und Gleichmachung von Geschlechtern unter einem ideologisch verbrämten Etikett". Sie dienen nach Einschätzung der AfD einzig der Zerstörung der traditionellen Familie.

Fazit

Die AfD lehnt jede Form der Gleichstellungspolitik ab und möchte die mühsam erkämpften Errungenschaften der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung aushebeln.

Statt für gleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und Männern steht die AfD für eine systematische Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt und aus dem öffentlichen Leben.

Die AfD und die „soziale Bewegung von Rechts“ in Bayern

Von Robert Andreasch

Anti-AfD-Protest am Münchner Gärtnerplatz nach dem starken Wahlergebnis der rechtspopulistischen Partei bei der Bundestagswahl 2017.

Der Erfolg rechtsunten

Bei der Bundestagswahl 2017 holte die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Bayern 10,5 Prozent der Erst- und 12,4 Prozent der Zweitstimmen. 12,4 Prozent, das heißt in absoluten Zahlen: 916.164 bayerische Wählerinnen und Wähler votierten mit ihrer Zweitstimme für die extrem rechte Partei. Aus Bayern sind schließlich 14 Abgeordnete der AfD in den Deutschen Bundestag eingezogen.

Eine „soziale Bewegung von Rechts“

Der Wahlerfolg kommt nicht überraschend. Denn in den letzten Jahren ist eine starke „soziale Bewegung von Rechts“ angewachsen. Immer mehr rechte AkteurInnen und Gruppen werben um Mitglieder und mobilisieren ihre SympathisantInnen zu einer Vielzahl rechter Aktionen im öffentlichen Raum. Das kann von Infoständen und Versammlungen bis zu bedrohlichen Aufläufen vor den Unterkünften von Geflüchteten reichen. „PEGIDA“, „Wir sind Deutschland“ und andere Veranstalter konnten im Bundesgebiet zum Teil Zehntausende zu rassistischen Aufmärschen auf die Straße bringen. Bayern erlebte in den letzten zwei Jahren eine heftige rechte Gewaltwelle. RassistInnen haben in Bayern im Jahr 2016 über 400 Straf- und Gewalttaten gegen Geflüchtete begangen. In mindestens 94 Fällen haben sie in Bayern in nur einem Jahr Häuser, Wohnungen und Unterkünfte von Geflüchteten angegriffen. Gewalt, Drohungen und Anfeindungen richten sich zunehmend auch gegen UnterstützerInnen der Geflüchteten, gegen LokalpolitikerInnen und KirchenmitarbeiterInnen.

Von der Einstellungs- zur Handlungsebene

Dass so viele Menschen eine extrem rechte Partei wie die AfD wählen oder gar bereit sind, Menschen und ihre Unterkünfte anzugreifen, zeigt: Vorurteile und Hass bleiben nicht auf die Einstellungsebene begrenzt, sondern wirken sich nun auch auf konkrete Handlungen aus. Und extrem rechte Einstellungen sind nicht nur an einem kleinen „Rand" der Gesellschaft verbreitet, sondern werden von vielen Menschen geteilt. In einer Untersuchung zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" in Bayern kam eine Forschergruppe der Universität Leipzig bereits im Jahr 2014 zu schockierenden Erkenntnissen:

- Die Ausländerfeindlichkeit ist im gesamten Bundesgebiet die Dimension, die die höchsten Zustimmungswerte erfährt. Im Vergleich zum westlichen Bundesgebiet (jeder Fünfte) fällt das Ergebnis für Bayern aber noch drastischer aus: Mit 33,1 Prozent stimmt jeder Dritte den Aussagen mit ausländerfeindlichem Inhalt zu. Damit liegt die Ausländerfeindlichkeit in Bayern sogar noch höher als in den ostdeutschen Bundesländern (30,5 Prozent).

- Der Leipziger Fragebogen erfasst den klassischen primären Antisemitismus. Für Bayern fällt er vergleichsweise hoch aus: 12,6 Prozent der Befragten bejahen antisemitische Aussagen. (...) Fast 40 Prozent der Bayern schreiben Jüdinnen und Juden „zu viel" Einfluss auf die „Wall Street" zu, womit ein klassisches Motiv des Antisemitismus anklingt: Es bringt paranoide Phantasien von einer versteckten Macht von Juden mit dem Vorurteil von der jüdischen Dominanz in der Finanzwirtschaft zusammen. Jeder Dritte rechnet jüdischen Deutschen die Politik der israelischen Regierung zu. Die geringste Zustimmung findet die Behauptung, Jüdinnen und Juden hätten eine Mitverantwortung an ihrer Verfolgung, doch auch diese Aussage findet noch bei fast jedem siebten Befragten Bestätigung. Noch deutlicher fällt die Zustimmung zu den sekundär antisemitischen Aussagen aus. (...) Jede der Aussagen findet bei mindestens 43 Prozent der Befragten Zustimmung. Damit ist noch immer nahezu jeder Zweite mit der Aussage einverstanden, dass der Holocaust heute von Jüdinnen und Juden ausgenutzt wird.

- Für die bayerischen Befragten ist die Verharmlosung des Nationalsozialismus eher zustimmungsfähig als im restlichen Westdeutschland und in Ostdeutschland, wo verharmlosende Aussagen nur ein minimales Echo finden.

Zitiert nach: Oliver Decker und Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Bayern, online abrufbar unter https://katharina-schulze.de/wp-content/uploads/2014/11/2014_rechtsextreme_einstellungen_in_bayern_mitte-studie.pdf

Was die SozialwissenschaftlerInnen hier empirisch belegt haben, kennen bayerische AntirassistInnen aus eigener Erfahrung: vielfach müssen sie gegen eine Wand aus Rassismus und Ablehnung anreden. Und die Ablehnung von insbesondere Geflüchteten verbindet sich immer mehr mit einer Ablehnung von demokratischen Institutionen und Mehrheitsentscheidungen. In sozialen Netzwerken ist die Verrohung und Radikalisierung in Inhalt und Sprache unübersehbar: Geflüchtete werden beispielsweise als „Invasoren", PolitikerInnen als „Volksverräter" oder engagierte DemokratInnen als „grünlinks versiffte Gutmenschen" bezeichnet. Offen wird über Gewaltanwendung, Bewaffnung, Selbstjustiz oder über die Inanspruchnahme eines „Widerstandsrechts" (unter Bezug auf Art. 20 Absatz 4 Grundgesetz) gesprochen.

„Hass ist keine Alternative!" – das zeigten rund 50 TeilnehmerInnen auf einer Kundgebung gegen die 1. Deutschlandtagung der Alternativen Mitte der AfD in Tettau (Bayern).

Die Themen

Bei der AfD wie auch bei den anderen AkteurInnen der stark angewachsenen „sozialen Bewegung von Rechts" haben sich zentrale Kampagnenthemen herausgebildet:

- Rassistische Hetze gegen Geflüchtete.
  Behauptet wird, durch Zuwanderung sei die biologische oder kulturelle „Substanz" des „deutschen Volkes" gefährdet und es fände eine „Islamisierung Europas" statt.

- Kampf gegen Feminismus und Geschlechtergleichstellung, Beharren auf traditionellen Geschlechtervorstellungen, Abwertung von Homosexuellen und Transpersonen.
  Behauptet wird, dass durch Emanzipation, Geschlechterrollenwandel oder Homosexualität der Untergang wahlweise des „deutschen Volkes" oder des „christlichen Abendlandes" drohe.

Rassistische Kampagnen

Die Fokussierung auf Geflüchtete ist für die extreme und populistische Rechte aus mehreren Gründen naheliegend. Sie kann an alte, im kollektiven Gedächtnis verankerte rassistische Bilder und Unterstellungen gegenüber „Fremden" andocken. Die Ressentiments verschmelzen mit einem Nationalismus, der die Nation als etwas Stabiles, Homogenes und Geordnetes postuliert. Der Rassismus gegen Geflüchtete wird nicht zuletzt in der Forderung nach „Law and Order", d. h. nach Abschottung und Härte, mit einem starken Autoritarismus verwoben. Die Agitation von Rechts wird dadurch unterstützt, dass eine Politik der Panikmache, der Abschottung und Abwehr längst etabliert ist. Hinzu kommt eine zunehmende Verrohung des Diskurses in Inhalt und Sprache sowie die in sozialen Netzwerken zu beobachtende Selbstradikalisierung.

Auch bei der bayerischen AfD stehen Kampagnen gegen Zuwanderung im Vordergrund. Mit rassistischen Plakaten, Flugblättern, Veranstaltungen und Versammlungen macht die Partei Stimmung. Für die Zukunft deutet sich eine Ausweitung der rassistischen Kampagnen an. So hat die AfD bereits

begonnen, gegen hier lebende Sinti und Roma oder Muslime zu hetzen. Die niederbayerische AfD-Funktionärin Katrin Ebner-Steiner startete im Jahr 2017 eine breite Kampagne gegen eine Deggendorfer Moscheegemeinde. Nachdem diese Gelder aus der staatlichen Flutopferhilfe bekommen hatte, postete Ebner-Steiner auf Facebook: „Unser Steuergeld für einheimische Flutopfer". Womit sie, im Sinne eines völkischen Rassismus, den Deggendorfer Muslimen absprach, „Einheimische" zu sein. Dutzendfach wird von der AfD Bayern und ihren FunktionärInnen mit zynischen Posts in den sozialen Netzwerken aggressiv Stimmung gemacht. Die Presseberichterstattung über die Rettung schiffbrüchiger Geflüchteter im Mittelmeer kommentierte der Landesverband beispielsweise so: „Am Osterwochenende [wurden] mehr als 8.000 Flüchtlinge vor libyscher Küste mit Wassertaxis abgeholt". Als ein User kommentierte: „Wo bleibt der weiße Hai, wenn man ihn braucht", ließ die Partei das wie selbstverständlich stehen.

Sexistische Kampagnen

Das Geschlechterverhältnis ist – neben sozialer und „ethnischer" Zugehörigkeit – der wichtigste soziale „Platzanweiser" in der Gesellschaft. Die radikalen Rechten sagen, es gebe nur zwei mögliche Geschlechter, „Mann" und „Frau", und diese seien ungleichwertig. Ihnen werden Eigenschaften zugeschrieben, die als typisch „männlich" oder „weiblich" gelten. Frauen wird beispielsweise wieder überwiegend die Aufgabe der Mutterschaft und Erziehung der Kinder im Haushalt zugedacht. Zentral ist das Modell der heterosexuellen Familie, dagegen wird jegliche Pluralisierung familialer Lebensformen bekämpft. Mit den Schlagwörtern „Genderismus" und „Gender-Ideologie" wird von Rechts gegen die Gleichstellung von Geschlechtern, die akademischen Geschlechterstudien/gender studies und gegen den Feminismus gehetzt. Homosexualität wird als Sinnbild für „Moderne", „Dekadenz" und eine „Verweiblichung der Männer" bekämpft. Es kommt zu Feindseligkeiten und Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Queers, Transpersonen und Intersexuelle.

Die AfD Bayern ist mit Plakaten („Familie statt Gender"), Parteivideos („Reden übers Schwulsein"), Kundgebungen („Stoppt Gender und ‚Sexualpädagogik der Vielfalt' an Bayerns Schulen") und eigenen, aufwändigen Webseitenprojekten wie „Bayern genderfrei" massiv an solchen sexistischen Kampagnen beteiligt.

Verschwörungsideologien

Auffällig ist, dass viele Inhalte der bayerischen AfD mit einem sehr starken verschwörungsideologischen Moment verbunden sind. Da verbreitet die AfD Passau die „Chemtrail"-Lüge über Kondensstreifen am Himmel („Mysteriöse Grippe oder Mörder über den Wolken?"), da mobilisiert die „Junge Alternative" Augsburg zum Vortrag „Macht-Eliten und Gendermainstreaming" oder transportiert der AfD-Kreisverband München-Ost die von Viktor Orban und Vladimir Putin gepushten, antisemitischen Verschwörungstheorien gegen den Mäzen George Soros („Macht-Eliten am Beispiel George Soros"). Am 31. Oktober 2015 wurden beim AfD-Aufmarsch in Passau im offiziellen AfD-Block zwei Schilder mitgeführt: „Merkel muss weg – Sie ist keine Deutsche". Damit wurde die extrem rechte Verschwörungstheorie aufgegriffen, bei der deutschen Bundeskanzlerin handle es sich um eine polnische Staatsbürgerin.

Insbesondere die Kampagnenthemen des Rassismus und der Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit sind auch Verschwörungsthemen: Die AfD behauptet hinter den politischen Entwicklungen die Existenz von omnipotenten Mächten, die die politischen AkteurInnen steuern würden („Zuwanderungsindustrie", „Homolobby", „Genderlobby" u. v. m.).

Viele Inhalte der Bayern-AfD beruhen auf Verschwörungsideologien.

Auch ansonsten schreckt die Bayern-AfD bei ihrer Stimmungsmache nicht vor bewussten Lügen und sogar Fälschungen zurück. Nach dem – aus einem kriminellen Motiv heraus begangenen – Anschlag auf den Bus der Fußballmannschaft von Borussia Dortmund beschuldigte der damalige AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron auf Facebook wahrheitswidrig Linke oder Islamisten der Täterschaft: „Jetzt kapieren es vielleicht auch endlich Uli Hoeneß und Philipp Lahm! IS oder Antifa – im Ergebnis kein Unterschied". Nach der Festnahme von Jugendlichen, die eine Geflüchtetenunterkunft in München in Brand setzen wollten, fälschte der AfD-Kreisverband Nürnberg professionell die Überschrift eines dazu erschienenen Artikels der Münchner „Abendzeitung" für einen eigenen Facebook-Post. Die AfD behauptete daraufhin wahrheitswidrig – unter Berufung auf den selbstgefälschten Abendzeitungs-Artikel – die rassistischen Täter seien „Linksextremisten" gewesen.

Strategien

Die Stimmungsmache der Bayern-AfD bezweckt dabei immer folgende Strategien:

- Bewerben der eigenen politischen Inhalte und Positionen
- Direkte Ansprache bereits ressentimentgeladener Menschen, die mit bestimmten Stichwörtern getriggert werden sollen
- Erweiterung des gesellschaftlich Sagbaren durch Provokationen, Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach rechts
- Verdrängung von Vielfalt und Toleranz, Zurückdrängung von Emanzipation und Aufklärungsbemühungen
- Politisierung, Radikalisierung und Eskalation statt Befriedung gesellschaftlicher Probleme und Konflikte

Volk und Volkswille?

Man will bei der AfD die Errungenschaften der Aufklärung und die Komplexität der modernen Gesellschaft gleichermaßen weghaben, sehnt sich gewissermaßen nach einer eindeutigen, widerspruchsfreien Identität und Gemeinschaft, nach einem angeblichen früheren „Naturzustand". Längst geht es AfD und Co. dabei auch um die Rehabilitierung explizit völkischer Politik – wo eine Grenze gezogen wird gegenüber all denen, die nicht zur Volksgemeinschaft gehören sollen. „Volk" wird wieder als „natürliche" und in seiner „ethnischen" Homogenität zu bewahrende Schicksalsgemeinschaft verstanden.

Die derzeitige Politik von Rechts ist eine offensive Abwendung von der Demokratie. Politik wird emotionalisiert, gesellschaftliche Konfrontationen werden verschärft und nicht zu befrieden versucht. Eine Politik mit Aushandlung und Verfahren wird abgelehnt; stattdessen wird die (sofortige) Durchsetzung eines angeblichen „Volkswillens" propagiert. Da es sich dabei um den „gesunden Menschenverstand" handle, brauche dieser keine weitere Legitimierung.

Sorgen und Ängste?

Die Berufung auf angebliche Ängste vor den Entwicklungen moderner Gesellschaften hat für die radikale Rechte einen strategischen Vorteil. Man pocht auf die Authentizität dieses geäußerten Gefühls und kann so kritische Gegenargumente unterlaufen. Das Brüllen, die Rohheit und der Hass verraten allerdings, dass hier oftmals eher Aggression als Angst am Werke ist. Der Soziologe Ulrich Bröckling analysierte die derzeitige „soziale Bewegung von Rechts" daher als „Erregungsgemeinschaft", in der man nicht (besorgt!) nach politischen Lösungen für Probleme und Konflikte sucht, sondern sich zusammenrottet, alle zivilisatorischen Hemmungen hinter sich lässt und sein Mütchen an Schwächeren kühlt, um es damit „denen da oben" mal richtig zu zeigen.

Wie hier in Bremen treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften jeder Form von Fremdenhass entschieden entgegen.

AfD-Protestkundgebung vor dem Münchner Gewerkschaftshaus

Meinungsfreiheit?

Die radikalen Rechten stilisieren sich gern zu TabubrecherInnen und FreiheitskämpferInnen, die mutig gegen einen angeblich gleichgeschalteten, öffentlichen Diskurs rebellieren würden: „Das wird man doch wohl sagen dürfen!?" Tatsächlich handelt es sich – nicht nur vor dem Hintergrund eines längst allgemein etablierten rassistischen Diskurses – hierbei um eine Täter-Opfer-Umkehrung. Es sind die radikalen Rechten, die sich statt für mehr Autonomie für eine autoritäre Gemeinschaft einsetzen. Sie sind es, die statt für Emanzipationsprozesse für das Reaktionäre kämpfen. Und es sind sie, die Menschen an politischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe hindern wollen oder sie verängstigen und einschüchtern.

Anti-Antifa

Zunehmend versucht die AfD, KritikerInnen unter Druck zu setzen. Teilweise setzt sie dazu auf eine aus neonazistischen und neurechten Kreisen bekannte „Anti-Antifa-Strategie" mit Bespitzelung, Bloßstellung und folgender Bedrohung von AntifaschistInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen. Gleich mehrere bayerische AfD-Kreisverbände haben zuletzt Vorführungen der Anti-Antifa-DVD „Der Links-Staat" organisiert. In der DVD schießt sich Christian Jung, rechter Blogger und früher für den verschwörungsideologischen und rechtsoffenen KOPP-Verlag aktiv, auf antifaschistische AktivistInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen ein. Die Münchner AfD meldete im November 2017 eine Protestkundgebung direkt vor dem Münchner Gewerkschaftshaus an, weil dort ein antifaschistischer Kongress stattfand.

Petr Bystron (l.), bayerischer AfD-Bundestagsabgeordneter, und Martin Sichert, Landesvorsitzender AfD Bayern, bei einer AfD-Kundgebung in Nürnberg

Der bayerische AfD-Landesverband

Zur Bundestagswahl 2017 stellte die AfD in fast allen 46 Wahlkreisen DirektkandidatInnen auf, was zeigt: die Partei ist längst weitgehend flächendeckend organisiert. Der Landesverband mit Sitz im Süden von München soll über mehr als 3.000 Mitglieder verfügen. Zu den Landtags- und Bezirkstagswahlen 2018 will die AfD in Bayern flächendeckend mit Direkt- und ListenkandidatInnen antreten.

Martin Sichert

Die Bayern-AfD wird seit November 2017 von Martin Sichert (Nürnberg) geleitet. Im März 2015 hatte Sichert zu den ErstunterzeichnerInnen der sog. „Erfurter Erklärung" des radikal rechten „Der Flügel"-Netzwerks von Björn Höcke gehört. Im Januar 2018 unterstützte Sichert Björn Höcke bei dessen Demo gegen den Bau einer Moschee in Erfurt. Unter dem früheren AfD-Bundesvorsitzenden Bernd Lucke war gegen Sichert einst ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet worden, wohl wegen rassistischer und NS-verherrlichender Äußerungen. Doch die Zeiten, in denen man für so etwas noch Ärger in der Partei kriegen konnte, sind lange vorbei.

Das Personal

Viele FunktionärInnen der AfD Bayern sind in Björn Höckes extrem rechter Plattform „Der Flügel" aktiv oder stehen diesem Netzwerk oder der „Patriotischen Plattform" nahe. Unter der Gründungserklärung des „Flügels", der sogenannten „Erfurter Resolution", sind 81 bayerische AfD-VertreterInnen aufgelistet, viele von ihnen gehören heute zu den führenden Köpfen der Partei. Oft posten sie auf den Parteiseiten bei Facebook Björn Höcke-Bilder und Memes des thüringischen Parteirechtsaußen. Der AfD-Bezirksverband Unterfranken um Christian Klingen organisierte 2017 eine gemeinsame Reise zu Höckes 1. Mai-Demo in Erfurt. Auch die Auswahl der von der Partei nach Bayern eingeladenen ReferentInnen zeigt deutlich, wie sich die hiesige AfD inhaltlich verortet. Immer wieder treten hier bekannte „neurechte" oder extrem rechte VertreterInnen von inner- und außerhalb der Partei auf, z. B. Björn Höcke, André Poggenburg, Michael Klonovsky, Thilo Sarrazin oder Jürgen Elsässer.

Auch bei der bayerischen AfD stehen Kampagnen gegen Zuwanderung im Vordergrund.

Überschneidungen mit der extremen Rechten

AfD-AkteurInnen sind in Bayern an vielen Stellen mit der „sozialen Bewegung von Rechts" vor allem inhaltlich verbunden. Es bestehen jedoch auch personelle oder organisatorische Schnittstellen zur extremen Rechten. Einige Beispiele:

- Immer erschienen beispielsweise Bezahlanzeigen der Partei auf dem anonym betriebenen, rassistischen Online-Portal „PI-News". AfD-Gliederungen teilten mehrfach Artikel der bekannten Hetzseite in sozialen Netzwerken. „PI-News" wiederum griff mehrfach Kampagnen und Veröffentlichungen der Bayern-AfD auf.

- In Niederbayern stehen ParteifunktionärInnen in Austausch mit AkteurInnen der oberösterreichischen, extrem rechten FPÖ.

- Enge Verbindungen bestehen insbesondere zwischen der AFD und der rassistischen, neurechten Organisation „Identitäre Bewegung" (IB). AfD-FunktionärInnen beteiligten sich in der Vergangenheit offen an den öffentlichen Kundgebungen und Aufmärschen der IB Bayern. Zum Teil gibt es auch personelle Überschneidungen zwischen den AktivistInnen der IB und dem bayerischen AfD-Landesverband oder der bayerischen AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative" (JA). Schlagzeilen machte ein Foto, das den bayerischen AfD-Landesvorsitzenden Petr Bystron mit dem führenden bayerischen IB-Akteur Paul Zeddies zusammen beim Feiern auf dem Oktoberfest zeigt.

Im Jahr 2017 bekannte sich Bystron in mehreren Redebeiträgen bei Parteigliederungen offensiv zu „PEGIDA" und zur extrem rechten „Identitären Bewegung". Diese Positionierung bekräftigte er im April 2017 in seinem Artikel „Die Schutzschild-Strategie", den er auf „PI-News" veröffentlichte:

„Wir müssen als parlamentarische Partei das Schutzschild für all die Menschen sein, die sich bei Pegida, bei der IB, bei Sichere Heimat, Demo für alle etc. engagieren. Sie zeigen Mut, sie gehen auf die Straße, sie zeigen Missstände auf und erzeugen Druck auf das System."

Wie im Bundegebiet, bestehen auch in Bayern enge Beziehungen der AfD zu rechten Korporationen, z. B. zur „Deutschen Burschenschaft" (DB). Eine Veranstaltung über die „Unterbringung von Asylbewerbern" hat die Münchner AfD im Haus der Burschenschaft „Allemannia" durchgeführt. Zur Landtagswahl wird für die AfD Regensburg Benjamin Nolte als Direktkandidat antreten. Der Münchner Nolte, Mitglied der radikal rechten „Burschenschaft Danubia", hat in der Vergangenheit an extrem rechten Aufmärschen teilgenommen.

Trotz der offiziellen Distanzierung der Partei von der „PEGIDA"-Bewegung traten bayerische AfD-Politiker viermal als Redner bei den neonazistisch geprägten Münchner „PEGIDA"-Aufmärschen auf. Dagmar S., Aktivistin des AfD-Kreisverbands München Nord, hat in der letzten Zeit an mindestens einer NPD-Kundgebung teilgenommen. Anfang 2018 arbeitete sie im Büro des AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron.

In der Vergangenheit haben mehrfach Neonazis der Parteien „Der dritte Weg", NPD und „Die Rechte" Aufmärsche und Veranstaltungen der AfD Bayern besucht oder Versammlungen der AfD in sozialen Netzwerken beworben. Das ist keine Ausnahme, sondern dahinter steht ein strategisches Vorgehen der Neonaziszene: Tommy Frenck, der (nur unweit der bayerischen Landesgrenze) im thüringischen Kloster Veßra als prominenter neonazistischer Gastwirt, Versandhändler und Rechtsrock-Organisator wirkt, rief im September 2017 sogar zur Wahl der AfD bei der Bundestagswahl auf:

„Klar, stimmt das was die AFD sagt, nicht zu 100 % mit meinen Ansichten (die sollten ja bekannt sein) überein, das schafft aber auch die NPD nicht (mit dieser hätte ich aber den größten gemeinsamen politischen Nenner). Der Fakt, dass wir aber über die AFD das politische Klima in unsere Richtung bewegen/drehen können, wiegt für mich bei dieser Wahl schwerer."

AfD und CSU

Obwohl die AfD sich ja eigentlich gegen die etablierten Parteien stellt, versucht man trotzdem immer wieder, von der Prominenz und der politischen Verankerung der CSU in Bayern zu profitieren und sich dann doch als gewissermaßen CSU-ähnlich zu präsentieren. Das führt bei der AfD zu einem durchaus oft sehr widersprüchlichen Verhalten, was die in Bayern alleinregierende CSU angeht.

Im Januar 2016 organisierte die AfD Bayern eine Protestkundgebung vor der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth. Bei der Dekoration der Bühne setzten die AfDler auf ein Porträt von Franz Josef Strauß und warfen der CSU „Asylchaos, Homoehe, Eurowahnsinn" vor. Im April 2016 brachten Petr Bystron und Co. ohne Erlaubnis am Geburtshaus von Franz Josef Strauß in München eine Erinnerungsplakette an. Zur Bundestagswahl 2017 hing der AfD-Tarnverein „Verein für Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Freiheiten e.V." große Wahlwerbeplakate für die AfD mit einem Porträt von Franz-Josef Strauß auf: „Franz Josef Strauß würde AfD wählen". Und Petr Bystron ließ den ganzen Münchner Norden mit einem Plakat zuplakatieren, das ihn selbst und die Parole („Wir halten was CSU verspricht", Fehler im Original) präsentierte.

Immer wieder versucht die AfD, von der Prominenz und der politischen Verankerung der CSU in Bayern zu profitieren.

Wirkmächtig kann eine radikal rechte Partei wie die AfD nicht nur durch die Beeinflussung des gesellschaftlichen Klimas werden. Eigene Wahlerfolge können sie in eine parlamentarische Machtposition bringen, durch eigene Mehrheiten, als Koalitionsoption oder als „Zünglein an der Waage" bei Abstimmungen. In Bayern ist die AfD – anders als in 13 anderen Bundesländern – bisher nicht im Landtag vertreten gewesen. Aber die AfD hat bereits die Politik der CSU mit verändert und so wurde einem Teil ihrer Parolen schon zum Erfolg verholfen.

Als der CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer ein „Islam-Gesetz" forderte, schrieb der extrem rechte Aktivist Michael Stürzenberger auf dem „PI-News"-Portal: „Der islamkritische Kurs der AfD treibt ganz offensichtlich nun die CSU vor sich her". Als CSU und Teile der sächsischen CDU ein Grundsatzpapier zu „Patriotismus und Leitkultur" verfassten, jubelte AfD-Rechtsaußen André Poggenburg: „Hier werden direkt Grundforderungen der AfD übernommen und einmal mehr zeigt sich, AfD wirkt (...)". Im November 2016 hieß es auf „PI-News": „AfD wirkt. Trump wirkt. PEGIDA wirkt. PI wirkt. Und die Bundestagswahl droht. Langsam dreht sich der Wind, und auch wenn die AfD in keiner Regierung sitzt, so hat sie bereits jetzt Einfluss auf die Merkelsche ‚Flüchtlings-Politik'."

Der Druck der radikalen Rechten kann in der Tat dazu führen, dass konservative und andere etablierte Parteien mehr und mehr die Politik von Rechts übernehmen. Dass die Politik des „rechten Randes" so schnell und ziemlich ungehindert „in die Mitte" kommen kann, liegt auch daran, dass die extrem rechten Versatzstücke manchmal nur radikale Zuspitzungen dessen sind, was bei anderen Parteien längst als „normal" gilt. Hinzu kommt, dass es auch ideologische „Brücken" zwischen dem Konservatismus und der extremen Rechten gibt, z. B. im Prinzip von Konkurrenz und Leistung (Konservatismus) bzw. Sozialdarwinismus (extreme Rechte). Für Konservative jeweils anschluss- oder konsensfähig haben sich insbesondere auch die radikal rechte Panikmache vor einem „Untergang des Abendlandes" oder autoritäre Forderungen nach Grenzschließung oder mehr Überwachung erwiesen.

Kundgebung „Platz da! Flüchtlinge sind hier willkommen" in München 2014

Am Agieren der CSU vor und nach der Bundestagwahl 2017 lässt sich diese Radikalisierung von Rand und Mitte gut analysieren: Sie reichte zunächst von der Einladung des ungarischen Rechtspopulisten Viktor Orbán durch die CSU, der Verabschiedung eines rassistischen Integrationsgesetzes, dem ständigen Propagieren einer „Obergrenze" für Geflüchtete und CSU-Tweets gegen „den Genderwahn" bis zur verzögerten Inkraftsetzung der neuen Richtlinien zur Sexualerziehung an bayerischen Schulen. Nach der Bundestagswahl forderten CSU-Politiker, angesichts des AfD-Wahlerfolgs nun aber endlich, die „rechte Flanke schließen zu müssen". Der österreichische Politikwissenschaftler Willibald Holzer hat schon vor Jahrzehnten dafür den Begriff der „Extremisierung des Konservatismus" entwickelt. Eine der Folgen des Agierens und Reagierens der CSU auf die AfD besteht in der Erhöhung der sozialen Akzeptanz extrem rechter Ideologien – was in einem spiralförmigen Verhältnis wiederum zu einer Radikalisierung rechter Forderungen führen wird.

Es hat nach der Bundestagswahl nicht lange gedauert, bis sich das Phänomen in Bayern zum Teil drastisch zeigte. Für die CSU heizte vor allem deren Bundestags-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt die feindselige Stimmung weiter an. Dobrindt forderte im Januar 2018 in einem Zeitungsbeitrag für „Die Welt" eine „Konservative Revolution". Damit benutzte der studierte Soziologe Dobrindt bewusst eine Vokabel der sogenannten „Neuen Rechten" – „Konservative Revolution" ist deren Sammelbegriff für ideologische (auch faschistische) Strömungen der 1920er Jahre. In der „BILD" ätzte Dobrindt gegen Links: „In manchen Bundesländern kann man den Eindruck bekommen, dass linke Chaoten eher geschützt als bestraft werden" und in den sozialen Netzwerken bediente er rassistische Ressentiments. „Fakt ist: Multikulti ist gescheitert. Politische Korrektheit ist keine Heimat", schrieb Dobrindt, und „der Islam ist für unser Land kulturell nicht prägend und er soll es auch nicht werden." Die CSU-Landesgruppe im Bundestag verbreitete ein weiteres antimuslimisches Statement ihres Landesgruppenchefs: „Das Kruzifix steht für die christlichen Werte, die unsere Rechtsordnung prägen – das Kopftuch NICHT!".

Als Viktor Orbán und seine ultrarechte FIDESZ-Partei im April 2018 die ungarischen Parlamentswahlen gewannen, jubelten die RechtspopulistInnen international, z. B. Marine Le Pen in Frankreich oder Geert Wilders in den Niederlanden. In Deutschland jubelten CSU und AfD. Alexander Dobrindt sagte über den ungarischen Ministerpräsidenten, der im Wahlkampf eine massive, antisemitische Kampagne gegen den amerikanischen Milliardär George Soros initiiert hatte: „Ich gratuliere unserem Freund Viktor Orbán zu seinem starken Wahlerfolg". Dessen Stimmengewinn sei „eine klare Bestätigung von Orbáns bürgerlich-konservativem Kurs für ein erfolgreiches Ungarn, eine Begrenzung der Zuwanderung und ein sicheres Europa." Die AfD-Bundestagsfraktion titelte: „Ein guter Tag für Europa!"

Ist die AfD rechtspopulistisch, „neurechts" oder faschistisch?

Populismus ist ein bewusst gewählter Ansatz, eine Form der politischen Kultur, um politische Positionen einfach und breitenwirksam an eine Masse von Menschen heranzutragen und einsickern zu lassen. Die eigenen Forderungen werden dabei simpel und nachvollziehbar formuliert. Die AnhängerInnen und WählerInnen sollen emotional erreicht werden, z. B. durch Wut und Zorn. Das wichtigste Charakteristikum des Rechtspopulismus ist die Schaffung von Feindbildern, vor allem des Feindbildes von „denen da oben", der „Volkverräter", bzw. einer betrügerischen, politischen Klasse. Selbst inszeniert man sich als rechtschaffenes „Wir" und stellt die „Anderen" als schädlich dar. Das rechtspopulistische Versprechen lautet: Indem wir unseren Hass auf „die Anderen" lenken, sie ausgrenzen, rausschmeißen und diskriminieren, wird es „Euch" besser gehen.

Die „Neue Rechte" in Frankreich, Deutschland und einigen anderen Ländern versuchte nach dem Nationalsozialismus, Referenzen für eine radikal rechte Politik zu bemühen, die weniger vom Nationalsozialismus kontaminiert waren. Der „Neuen Rechten" in Deutschland war es dabei nicht um eine konservative(re) Politik gegangen, sondern sie empfand die Bundesrepublik überwiegend als so degeneriert, dass es an ihr nichts zu erhalten gebe. Ihr Kernfeind war der Liberalismus, Politik verstand und versteht die „Neue Rechte" in Anlehnung an den NS-Vordenker Carl Schmitt vor allem als „Feindmarkierung". Um in der Gesellschaft endlich mehrheitsfähig zu werden, sehnt(e) man sich nach einer Krisensituation im Land.

Themensetzungen und Vorgehen der AfD heute entsprechen teilweise den Strategien, die die sog. „Neue Rechte" jahrzehntelang vorbereitet und gefordert hatte. Seit den 1990er Jahren setzte die „Neue Rechte" beispielsweise vor allem auf drei Themen, die heute auch die Agitation der AfD und ihrer FunktionärInnen prägen:

- Eine Kritik der „political correctness" und angeblicher „Denkverbote", die radikal rechte Parolen wieder sagbar machen sollte.
- Eine rassistische Agitation, die statt nationalsozialistischer Rassetheorien vermehrt „kulturelle" und religiös formierte „Argumente" sowie die Angst vor einer angeblichen „Ausländerkriminalität" anführte.
- Das Lamentieren gegen einen angeblichen „Schuldkult", der seit dem Nationalsozialismus Deutschland lähme.

Der „Parteiphilosoph" der AfD, der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen aus Baden-Württemberg, veröffentlichte im Januar 2014 in der Zeitschrift „Cicero" den Text „Das Märchen vom Gespenst der AfD", der als sogenanntes „AfD-Manifest" bekanntgeworden ist. Darin heißt es:

„Wo aber der Amoklauf der Moderne sein ‚Krise' genanntes Zerstörungswerk schon vollendet hat, müssen tradierungswürdige Zustände erst geschaffen werden."

Zitat aus: Marc Jongen, Das Märchen vom Gespenst der AfD, online abrufbar unter http://cicero.de/innenpolitik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894

Die AfD lehnt also die Moderne mit ihren aufklärerischen, demokratischen und liberalen Potenzialen ab. Dass „tradierungswürdige Zustände erst geschaffen werden" müssten, zeigt: Es geht der extrem rechten Partei nicht um das „Bewahren" eines gesellschaftlichen Zustands, sondern um dessen Zerstörung und einen fundamentalen „Neubeginn". Die AfD will also gesellschaftlich etwas ganz anderes. Und in der Tat: Der AfD-Philosoph Jongen bezog sich hier auf ein Zitat des faschistischen Vordenkers Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925), was er aber nicht kenntlich machte. Der völkisch-nationalistische Publizist Moeller van den Bruck hatte gefordert, „Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt". Neben einer ultranationalistischen Politik ist es gerade solch ein propagierter Umsturz bzw. Neubeginn, den der führende Faschismusforscher Roger Griffin zur Definition einer Organisation oder Bewegung als „faschistisch" heranzieht.

Die parlamentarische Arbeit in den Landtagen, Abgeordnetenhäusern und nun im deutschen Bundestag hat die AfD nicht, wie von einigen KommentatorInnen vorhergesagt, irgendwie gemäßigt oder gar eingehegt. Einige Beispiele:

Beim politischen Aschermittwoch der AfD im sächsischen Nenntmannsdorf hetzte der damalige sachsen-anhaltinische AfD-Landesvorsitzende André Poggenburg rassistisch gegen „Kümmelhändler" und „Kameltreiber", Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft diffamierte er als „heimat- und vaterlandsloses Gesindel".

Thorsten Weiß, AfD-Politiker im Berliner Abgeordnetenhaus, schrieb bei Twitter, dass die Antifa der „natürliche Feind aller Deutschen" sei und diese „Terrororganisation" „ausgelöscht" werden müsse. In einem Meme für die sozialen Netzwerke übernahm Weiß die neonazistische Parole vom „Volkstod": „2050 soll es kein erkennbares deutsches Volk mehr geben: Regierung plant den Volkstod". Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Hans Jörg Müller legte im Video „Bevölkerungsaustausch stoppen!", das die AfD-Fraktion im Bundestag im April 2018 in den sozialen Netzwerken bewarb, ähnlich los: „Über den Global Compact for Migration tauschen UNO & EU die Bevölkerung aus, natürlich auch in Deutschland."

Gewerkschaften und AfD – Positionen auf einen Blick

DGB-Gewerkschaften	AfD
Entlastung unterer Einkommen, Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 % ab einem Einkommen von 70.000 Euro	Stufenmodell mit einem Spitzensteuersatz von 25 % bereits ab 20.001 Euro
Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, einen Sozialstaat als Mittel zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums	Schwacher Staat: Reduzierung der Staatsaufgaben und für eine Steuer- und Abgabengrenze
Wiedererhebung der Vermögensteuer	Abschaffung der Vermögensteuer
Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte, Anhebung des Rentenniveaus	Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung: damit späterer Renteneintritt
Gute Arbeit braucht klare Regeln und konsequente Kontrollen zum wirksamen Schutz von Beschäftigten	Deregulierung, Bürokratieabbau
Mindestlohn erhöhen und wirkungsvoll kontrollieren	Mindestlohn beibehalten
Für mehr Chancengleichheit in der Bildung, für längeres gemeinsames Lernen und für die Gemeinschaftsschule	Für stärkere Auslese und ein uneingeschränktes Leistungsprinzip, gegen die „Einheitsschule" und für das dreigliedrige Schulsystem
Freizügigkeit für Menschen und Waren, besserer Schutz für grenzüberschreitend Beschäftigte	Einschränkung der EU-Freizügigkeit und für flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen
Mehr Demokratie und sozialer Zusammenhalt in Europa	Weniger Europa
Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen und damit für mehr persönliche Freiheit für alle	Stärkung der traditionellen Familie und gegen die Ehe für alle
Für eine Gleichstellungspolitik in Gesellschaft und Arbeitswelt auf allen Ebenen	Ablehnung von Gleichstellungspolitik, die »natürliche Unterschiede« verwischt
Konsequente Anwendung von Antidiskriminierungsgesetzen als Garant für rechtliche Gleichstellung aller Menschen	Ablehnung von Antidiskriminierungsgesetzen
Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Förderung von Hausfrauen und Müttern
Für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen	Erschwerung von Schwangerschaftsabbrüchen
Demokratische Vertretung von Frauen	Satzungsmäßiges Verbot von AfD-Frauenorganisationen

DGB Bayern

www.bayern.dgb.de